

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Kannibalismus in Stallanlage von Ex-Landesbauernverbands-Präsident
- Greenpeace-Aktion gegen Fleischdumping
- Milchkrise - immer noch
- „Mogelpackung“ bei Käse
- Finanzinvestoren--„Bio“
- Gutes Bauern-Image oder/und Mobbing von Bauernkindern?
- NRW-Grüne: „Positionspapier Massentierhaltung“
- Lasches staatliches „Tierschutz“-Label
- Feldhasen
- Wildsamen
- Wolfs-Auseinandersetzung
- US-Bauern kämpfen für „Recht auf Traktor-Reparatur“
- Afrika

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 08.04.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Thüringer Allgemeine – 6.4.2017:

Kannibalismus im Schweinestall: Neue Vorwürfe zu Zuchtbetrieb in Aschara

Veterinäramt schildert die Zustände bei Adib in Aschara. Tiere mussten bei Nachkontrolle notgetötet werden.

Aschara. Die Dokumentation einer Kontrolle der Schweinezuchtanlage der Adib in Aschara vom 11. Januar ist nichts für schwache Nerven. Mehr als 3000 Bilder und Aufzeichnungen sollen einen ganzen Ordner füllen. Auf den Bildern sollen schwere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz belegt sein, wie es am Mittwoch aus dem Veterinäramt des Unstrut-Hainich-Kreises hieß. Amtstierärztin Dr. Judith Keidel sagt, sie habe in den 18 Jahren, in denen sie als Tierärztin arbeitet, keinen solchen Fall auf dem Tisch gehabt.

Keidel nennt Details, beschreibt die Bilder der unangemeldeten Kontrolle, die das Veterinäramt zusammen mit dem Landesamt für Verbraucherschutz am 11. Januar durchführte. Danach soll es in dem Stall Tiere mit eitrigen Gelenkentzündungen und daraus folgender hochgradige Lahmheit gegeben haben. Schweine sollen sich nur noch auf den Vorderbeinen robbend durch den Stall bewegt haben können.

Verletzte Tiere von Artgenossen angefressen

Es soll abgemagerte und apathische Tiere gegeben haben. Kranke Tiere sollen nicht behandelt worden sein, sodass sie mit offenen Wunden in ihrem eigenen Kot gelegen haben sollen. Auch soll es schwere Fälle von Kannibalismus in dem Stall gegeben haben. In einem Fall soll einem Schwein bei lebendigem Leib nach einem Darmdurchbruch von anderen Tieren der Darm angefressen worden sein.

"Die Tiere hätten sofort separiert und behandelt werden müssen", ist sich die Amtstierärztin sicher. Auch in Sachen Hygiene habe es gravierende Mängel gegeben. Laut Keidel sollen sich bereits Maden in den Futtertrögen der Tiere befunden haben.

Ursache für die schlimmen Tierschutz-Verstöße sei laut Veterinäramt auch mangelndes und nicht genügend geschultes Personal. Das sei ein allerdings oft ein grundsätzliches Problem in Schweinställen, sagt die Leiterin des Fachdienst Veterinär- und Lebensmittelüberwachung im Unstrut-Hainich-Kreis, Dr. Astrid Schulze: "Es scheitert oft an der Beobachtung und Beurteilung des Gesundheitszustandes der Tiere". Sofort nach der Kontrolle und aufgezeigter Lösungen hätte die Geschäftsführung Maßnahmen einleiten müssen, Personal aus anderen Abteilungen in den Stall zu holen um sich um die Tiere zu kümmern, heißt es von der Fachdienstleiterin. Es seien Auflagen erteilt worden, das Personal aufzustocken, kranke Tiere zu behandeln, die Lüftungsanlage zu verbessern.

Durchgeführt wurde die erste Kontrolle am 11. Januar mit vier Mitarbeitern des Veterinäramtes und sechs Leuten aus dem Haus des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung. 39 Tiere wurden notgetötet. Danach gab es laut Veterinäramt fünf Nachkontrollen. Bei der letzten unangemeldeten Kontrolle am 16. März, also zwei Monate nachdem die Behörde die strengen Auflagen erteilte, hätten sich die Zustände kaum gebessert, sagt Keidel.

Veterinäramt widerspricht Geschäftsführer

Noch zu diesem Zeitpunkt habe man drei erkrankte Sauen, die nicht separiert und behandelt wurden, einschläfern müssen, erklärt Keidel weiter, "erst bei einer angemeldeten Kontrolle am 20. März seien die Hygienebedingungen etwas besser gewesen". Zehn Wochen habe man sich in dem Betrieb Zeit gelassen zum Aufräumen.

Mit den Details konfrontiert, sagte Geschäftsführer Klaus Kliem am Mittwoch: "Was dort passiert ist, ist bedauerlich und ärgert mich am meisten. So etwas darf nicht passieren. Wir hatten einen Krankenstand von 50 Prozent der Belegschaft – auch wenn das keine Rechtfertigung ist. Wir sind jetzt auf einem Stand, wie die Anlage sein soll."

In der Bild-Zeitung wurde Kliem am Mittwoch mit den Worten zitiert: "Im Januar war ein Großteil der Mitarbeiter erkrankt. Wir haben die Personalsituation zu spät erkannt. Somit blieben Tierkontrollen, Reinigung und Dokumentation auf der Strecke." **Kliem widerspreche einem Großteil der Anschuldigungen nicht, hätte sich aber gewünscht, wenn das Veterinäramt auch beratend tätig gewesen wäre. Das sei es gewesen, sagt dessen Leiterin Dr. Astrid Schulze. Kliem sei auf die Vorschläge nicht eingegangen, habe mehrfach Besserung versprochen, bei den Kontrollen habe man davon nichts bemerkt. "Herr Kliem war 22 Jahre**

lang Thüringer Bauernpräsident, er wäre sicher auch nicht darauf angewiesen, dass das Veterinäramt ihm zeigt, wie man einen Stall baut und Tiere nach den Vorgaben des Gesetzes hält", so Judith Keidel.

Die Anhörung im Verfahren um ein mögliches Haltungsverbot gegen den Adib-Chef läuft. Die Betriebsleiterin habe sich bereits gegenüber der Behörde geäußert, hieß es. Die Stellungnahme von Kliem dazu fehle noch, heißt es vom Veterinäramt. Klaus Kliem sagte, die Betriebsleiterin sei entlassen worden. Ein Haltungsverbot bezieht sich immer auf Personen, dem Betrieb könne kein Verbot ausgesprochen werden, so das Veterinäramt. Der Zuchtbetrieb am Ascharaer Kreuz geht weiter.

[Ministerium: Kein belastetes Schweinefleisch in den Handel gelangt](#)

[Veterinäramt verbietet Schlachtung von Hunderten Schweinen](#)

[Vorwürfe gegen Agrar-Betrieb – Zuchtanlage galt als Musterstall](#)

Alexander Volkmann / 06.04.17

<http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Kannibalismus-im-Schweinestall-Neue-Vorwuerfe-zu-Zuchtbetrieb-in-Aschara-396006984>

Greenpeace-Presseerklärung vom 07. April 2017:

Lidl profitiert von Billigfleisch

Greenpeace-Gruppen starten in 51 Städten Kampagne für bessere Tierhaltung

Hamburg, 7. 4. 2017 – Für eine transparente Kennzeichnung von Supermarkt-Fleisch demonstrieren Greenpeace-Aktivisten am morgigen Samstag in 51 Städten vor Lidl-Filialen. „Frag Lidl, wie ich leben muss!“, steht auf den zwei Meter großen Schweine-Aufstellern. Die Kunden können per Postkarte ihre eigenen Fragen zur Fleischproduktion direkt an Lidl stellen. „Beim Kauf von Lidl-Fleisch weiß niemand, ob die Tiere leiden mussten, ob Antibiotika eingesetzt wurden oder gentechnisch verändertes Tierfutter im Trog gelandet ist. Das muss Lidl ändern“, sagt Stephanie Töwe, Landwirtschaftsexpertin von Greenpeace. „Wir fordern von Lidl, mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Discounter soll freiwillig und ehrlich auf den Produkten seiner Eigenmarke Landjunker seine Kunden über die Herkunft und die Haltung der Tiere informieren.“ In Dänemark zeigt der Discounter bereits, dass es besser geht. Dort verkauft Lidl Fleisch von Schweinen, denen kein Antibiotikum verabreicht wird, die nicht mit gentechnisch veränderter Nahrung gefüttert werden und die ihre Ringelschwänze behalten dürfen.

Greenpeace hat bei allen großen deutschen Supermarktketten nachgefragt, aus welcher Tierhaltung ihr Fleisch stammt. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Supermärkte tun zu wenig, um sich von den schwachen gesetzlichen Mindeststandards abzuheben. Diese lassen es zu, die Ringelschwänze der Schweine abzuschneiden und sie ohne ausreichend Tageslicht, ohne Auslauf auf engstem Raum zu halten.

Die Vorgaben der vom Einzelhandel ausgerufenen „Initiative Tierwohl“ sind kaum besser als die gesetzlichen Mindeststandards. Auch hier bleibt die Haltung der Tiere nach wie vor mangelhaft. Zudem landet Gentechnik im Futtertrog und den Landwirten werden keine fairen Preise gezahlt.

Lidl und Aldi sind Preisdumper der Fleischbranche

Mit dem Logo der Initiative werben besonders Lidl und Aldi massiv auf ihrem Fleischangebot. Der Großteil des Fleisches kommt jedoch nicht aus Betrieben der Initiative, sondern aus umweltschädlicher Massentierhaltung. „Der gesamte Einzelhandel redet sich mit seiner ‚Initiative Tierwohl‘ aus der Verantwortung heraus. Das grenzt an Verbrauchertäuschung“, sagt Töwe. Die Supermärkte – vor allem die Discounter – drücken die Preise für Fleisch. Sie locken die Kunden mit Angeboten in den Laden, ohne transparent zu machen, welche Folgen die billigen Preise für Tiere und Umwelt haben. „Wir fordern von Lidl, kein Billigfleisch mehr zu verkaufen. Der Discounter muss erklären, wie er die Haltung seiner Tiere verbessern wird“, sagt Töwe.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Stephanie Töwe, Tel. 0171 - 8780 838, oder Pressesprecherin Constanze Klinghammer, Tel. 0175-3454 113. Fotos erhalten Sie unter Tel. 0177-7454 642.

Internet: www.greenpeace.de. Greenpeace-Pressestelle: Telefon 040-30618-340, Email presse@greenpeace.de; Greenpeace auf Twitter: http://twitter.com/greenpeace_de, auf Facebook: www.facebook.com/greenpeace.de.

Deutschlandradio Kultur:

Milchbauern in Niedersachsen Vor der Krise ist nach der Krise

Von Dietrich Mohaupt

Nach der Milchkrise im vergangenen Sommer hatten EU und Bundesregierung diverse Hilfspakete geschnürt. Im Frühjahr 2017 ziehen die Verantwortlichen eine erste Bilanz dieser Nothilfen: Welche Markteffekte haben die Programme - und wie geht es den Milchbauern heute?

Irgendwie ist es immer wieder die gleiche Geschichte – schon seit ein paar Jahren gilt für die Milchbauern: Nach der Krise ist vor der Krise. Hans Foldenauer vom Bund Deutscher Milchviehalter, BDM, bringt es auf den Punkt.

"Die Milchpreise haben sich zwar ein Stück weit erholt aber verharren jetzt auf Anfang 30 Cent. Damit ist es zwar möglich, die variablen Kosten zu decken – aber die Schulden abzubauen, die wir aufgebaut haben, oder gar Rücklagenbildung ... nicht dran zu denken."

Nach dem Auslaufen der europäischen Milchquote im April 2015 hatte es weltweit ein Überangebot an Milch gegeben. In den Jahren 2015 und 2016 führte das zu einem massiven Preisverfall – die EU hatte daraufhin ein Hilfspaket mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro aufgelegt. 150 Millionen Euro davon waren für Landwirte gedacht, die freiwillig ihre Milchliefermenge reduzieren wollten. Dabei wollte auch Peter Habbenha aus dem ostfriesischen Krummhörn mitmachen.

"Wir können bei uns ganz klar sagen – wir haben in drei Monaten 32.000 Liter Milch weniger angeliefert. Das kann man sich umrechnen: Wir liefern 15 Tage im Monat ab, das sind 45 Tage, und 32.000 Liter geteilt durch 45 Tage – dann weiß man, was wir pro Tag weniger abgeliefert haben. Es ist gar kein Thema, das ist spielerisch möglich."

Weniger Kühe heißt weniger Milch

Spielerisch – das klingt nach wenig Aufwand, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Klar, eine Möglichkeit ist, einfach Kühe zum Schlachter zu bringen – weniger Kühe heißt weniger Milch. Tatsächlich wurden in Niedersachsen 2016 etwa 22 Prozent mehr Milchkühe als 2015 geschlachtet, bundesweit waren es knapp sieben Prozent mehr. Auch Peter Habbenha hat in den vergangenen Krisenjahren die Zahl seiner Milchkühe um etwa 60 Tiere auf aktuell gut 220 reduziert – bei dieser Zahl soll es aber auch bleiben, betont er.

"Wir haben einfach die Zeit vor dem Kalben ... Kühe bleiben bei uns vor dem Kalben acht Wochen aus der Milchproduktion, das haben wir verlängert auf 12 Wochen. Und wir haben in der Krafftutterzusammensetzung ... wir hatten vorher ungefähr drei Viertel Krafftutter und ein Viertel Getreide, das haben wir gedreht auf drei Viertel Getreide, ein Viertel Krafftutter – auch um den Einkauf zu minimieren."

Insgesamt hatten sich mehr als 2.500 Landwirte in Niedersachsen für das EU-Programm zur Mengenreduzierung angemeldet – sie sollten pro nicht gemolkenem Liter Milch 14 Cent Entschädigung bekommen. In ganz Europa führte das Programm schnell zu einer geringeren Milchmenge – hinzu kamen noch andere Markteinflüsse, der Milchpreis stieg recht flott wieder leicht an.

Das wiederum führte dazu, dass nicht alle Milchbauern wirklich bei der Stange blieben. So manch einer entschied sich dann doch, angesichts der wieder steigenden Preise auch wieder mehr zu melken. Peter Habbenha sieht das zwar durchaus kritisch – aber, wer wolle es dem einzelnen Bauern verdenken, meint er, trotz der absehbar negativen Folgen für den Milchpreis.

"Ok – das eine oder andere Mal wird man vielleicht sagen Gier frisst Gehirn – aber grundsätzlich meine ich: Alle die im Moment in der Milchproduktion tätig sind – die sind stehend k.o.! Letztes Jahr sind die ganzen Reserven aufgebraucht worden, im zweiten Jahr der Krise, wir gehen ins dritte Jahr der Krise – ganz klar, es kommt wieder mehr Milch sobald der Weideaustrieb kommt – der Preis fällt, es ist erschreckend!"

Weniger Milch im gleichen Zeitraum

Immerhin – am Ende haben in Niedersachsen rund 1700 Landwirte bei der Mengenreduzierung mitgemacht, sie bekommen von der EU insgesamt knapp acht Millionen Euro ausgezahlt. Von Oktober bis Dezember 2016 wurden so etwa 55 Millionen Kilogramm weniger Milch als im gleichen Zeitraum 2015 produziert. Das klingt nach viel, ist aber nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, betont Frank Feuerriegel von der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen. So recht mag er nicht an eine durchschlagende Wirkung des EU-Hilfsprogramms für die Landwirte glauben.

"Das bezweifle ich – also ich glaube nicht, dass das Milchverringerungsprogramm jetzt eine marktstabilisierende Wirkung an sich ausgelöst hat. Ich glaube viel eher, dass die Milchviehhalter zu einem Zeitpunkt, wo der Milchpreis bei 21, 22 Cent im Sommer letzten Jahres lag, eben doch dann selbst auf den Markt reagiert haben. Im Juni konnte man schon spürbare Rückgänge an den Milchleistungen erkennen – das hat eigentlich zur Marktstabilisierung beigetragen."

Die Landwirte haben diese sogenannte Marktstabilisierung teuer bezahlt – viele mussten aufgeben. Stand November 2016 gab es in Niedersachsen laut Landesvereinigung der Milchwirtschaft knapp fünf Prozent weniger Milchbauern als Ende 2015. Und wer nicht aufgab – der musste schwere Einkommensverluste hinnehmen, trotz der EU-Hilfsprogramme. Niedersachsens grüner Landwirtschaftsminister Christian Meyer rechnet vor:

"Allein in Niedersachsen haben unsere Milchbauern – wenn ich die Milchmenge nehme und sage, die haben 20 Cent zu wenig bekommen – dann bin ich bei fast zwei Milliarden Euro, in Deutschland dürften es vier bis fünf Milliarden Euro sein an Einkommensverlusten. Die Zahlen der Ökonomen zeigen, dass die Einkommen der Milchbauern um 50 bis 80 Prozent gesunken sind insgesamt – und das gleicht keine Prämie aus!"

Kein Ende der Milchkrise in Sicht

Deshalb könne auch noch keine Rede sein vom Ende der Milchkrise, denn ...

"... es ist immer noch viel zu viel Milch auf dem Markt, weil es immer noch Förderungen gibt, Stallbauförderungen, es gibt Anreize dafür, als Milchbauer möglichst viel zu produzieren, weil mir meine Molkerei alles abnimmt – gerade in Irland, gerade in den Niederlanden, aber auch in Deutschland ist die Milchmenge eben deutlich gestiegen. In Niedersachsen haben wir in den letzten fünf Jahren 15 Prozent mehr Milch aber 18 Prozent weniger Betriebe – und das ist ja eigentlich gesellschaftlich nicht gewollt, weil das heißt, dass man dauerhaft auf einem niedrigen Preisniveau arbeitet."

Es müsse eine europaweite flexible Mengensteuerung geben, fordert Minister Meyer – und trifft damit auch den Kern der Forderungen von Landwirten wie Peter Habbenha. Der war Ende vergangener Woche aus Ostfriesland nach Hannover zur Agrarministerkonferenz der Länder und des Bundes gefahren, um vor dem Tagungshotel der Minister gemeinsam mit Milchviehhaltern aus ganz Deutschland für ein dauerhaftes europäisches Krisenmanagement zu demonstrieren.

Der Erfolg des Mengenreduzierungsprogramms zeige, was möglich sei, meint Peter Habbenha – jetzt müsse daraus ein System von Maßnahmen entstehen, mit dem im Krisenfall EU-weit die produzierte Milchmenge schnell und frühzeitig reguliert werden könne. Viele Bauern hätten ihre Bereitschaft daran mitzuwirken unter Beweis gestellt – jetzt seien die Politiker gefordert!

"Wir haben jetzt die Voraussetzungen geschaffen, der Politik zu zeigen: Wir können, wir wollen, und wir machen. Und jetzt muss die Politik das aufnehmen und für uns die Rahmenrichtlinien schaffen, dass wir das langfristig umsetzen können."

Weitere Audiobeiträge:

[Länderreport. Die ganze Sendung](#)

Mehr zum Thema

[Vorgaben für Landwirte - Wie ehrlich sorgt sich Edeka um Milchkühe?](#)
(Deutschlandradio Kultur, Mahlzeit, 02.09.2016)

[Milchpreis - Warum die Bauern keinen Grund zum Jammern haben](#)
(Deutschlandradio Kultur, Mahlzeit, 24.06.2016)

[Preisabsprachen und Subventionen - Nicht der Preis der Milch macht die Qualität](#)
(Deutschlandfunk, Kommentare und Themen der Woche, 04.06.2016)

Will der Hochwald-Milchkonzern den Milchbauern bzw. deren (immer noch zu niedrigen) Erzeugerpreisen die Verantwortung für „Mogelpackungen“ (Verbraucherzentrale) zuschieben ?

FOCUS – 7.4.2017:

Zwei Käsemarken von Hochland aus Bayern sind laut Verbraucherzentrale Hamburg die Mogelpackungen des Monats April. Die Verbraucherschützer bemängeln, dass der Hersteller weniger Inhalt zum gleichen Preis anbietet. Konkret geht es um gleich zwölf Sorten des Hochland-Käsewerks Grünländer. Während die Sorte „Mild und Nussig“ vor wenigen Wochen noch mit 175 Gramm verkauft wurde, stecken nun 160 Gramm in der Packung. Der Preis blieb laut den Verbraucherschützern gleich.

Verbraucher hätten die Verkleinerung nicht bemerkt, weil das Packungsdesign unverändert blieb. Auch stecken weiterhin acht Scheiben in der Packung. Der direkte Vergleich zeigt: Die einzelne Käsescheibe ist jedoch dünner. Bereits 2011 fiel Hochland negativ auf. Damals verkleinerte der Käsehersteller sein Produkt von 200 auf 175 Gramm.

Auch den Schafskäse von Patros, der ebenfalls von Hochland stammt, rügte die Verbraucherzentrale. Dort sei der Inhalt von 200 auf 180 Gramm reduziert worden. Auch hier bleibt die Aufmachung gleich. Wer das Kleingedruckte nicht liest, merkt die Veränderung nicht. **Hochland erklärte in einer Stellungnahme, dass sich der höhere Milchpreis eben in der Produktion bemerkbar mache.**

BioHandel-online

Aldi führt neuen Herkunftsnachweis ein

07.04.2017

Um die Authentizität von Obst und Gemüse aus regionalem Anbau sicherzustellen, nutzt *Aldi Süd* künftig die Isotopen-Analyse. Das Verfahren ermittelt nach Angaben des Discounters zuverlässig, ob Früchte, die als regionale Erzeugnisse ausgewiesen sind, auch tatsächlich vom angegebenen Erzeuger stammen.

Das Verfahren beruht darauf, dass Böden – je nach lokalem Klima, Grundwasser, Niederschlag und Düngung – eine typische Konstellation an Isotopen aufweisen, die sich wie ein Fingerabdruck in den darauf angebauten Pflanzen spiegelt. Stimmt der Isotopen-Fingerabdruck einer Erdbeere und der eines Bodens überein, ist die Frucht garantiert auf diesem gewachsen. Der Discounter testet das Verfahren zunächst bei Erdbeeren und Spargel aus regionalem Anbau

Bei der Herkunftssicherung arbeitet *Aldi Süd* mit *bilacón, Gesellschaft für Laboranalytik, Lebensmittelhygiene und Prozessmanagement mbH* zusammen. Das Berliner Institut identifiziert den spezifischen Isotopen-Fingerabdruck der frischen Produkte und vergleicht ihn mit den Referenzproben, die beim Erzeuger vor Ort genommen werden. Nur wenn die Muster übereinstimmen, ist die Ware einwandfrei. „Das Verfahren der Herkunfts- und Identitätsprüfung bietet dem Lebensmitteleinzelhandel ein zuverlässiges Kontrollinstrument. *Aldi Süd* sichert damit sein Produktversprechen zusätzlich ab“, sagt Karsten Ott, Abteilungsleiter Instrumentelle Analytik bei *bilacón*.

Heuschrecken-„Bio“?

Pressemitteilung

AbL: Echtes Bauernhof-Bio gegen Konzern-„Bio“ verteidigen
- auch gegen „Bio“-Landgrabbing durch deutsche „Bio“-
Finanzinvestoren in Osteuropa

AbL sieht sich durch SPIEGEL-Artikel in ihrer Ablehnung von Agrarindustrie-„Bio“-Strategien bestätigt

Angesichts neuer Enthüllungen im SPIEGEL über agrarindustrielle Strategien und Entwicklungen im Biosektor fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) alle Biobauern, Verbraucher, Verbände und Verbrauchervertretungen zu verstärktem Druck auf Bioverbände und

Biovermarkter auf, damit der Bio-Sektor nicht weiter in Richtung „Agrarindustrie-Bio“ oder „EU-Bio-light“ drifte.

Die AbL, die Bauernhöfe vertritt (sowohl konventionell als auch biologisch wirtschaftende), kritisiert erneut die bereits seit längerem laufende Verdrängung von echtem „Bauernhof-Bio“ durch „Konzern-Bio“ – leider auch in den meisten großen Bioverbänden. Es gelte, innerhalb der Verbands- und Vermarktungs-Institutionen wieder für mehr bäuerlichen Einfluss zu sorgen. Das Streben nach vordergründigen Umsatz- oder Marktanteilszuwächsen scheine auch bei vielen Verbandsvertretern den Blick auf bäuerliche und nachhaltige Bio-Prinzipien zu trüben. Das bedrohe die Existenz von unabhängigen Bio-Bauernhöfen. Es gefährde auch die generelle Akzeptanz von „Bio“ – mit bäuerlich-nachhaltigen Sozialstrukturen, Tierhaltung in überschaubar-tiergerechten Strukturen, Futterflächenbindung, vielfältiger Fruchtfolge und damit verbundener Kreislaufwirtschaft.

In seiner aktuellen Ausgabe berichte der SPIEGEL von Plänen eines „Bio Agrar Fonds“ mit Zugriff von Finanz-Investoren auf 40.000 Hektar in Zentral- und Osteuropa. An solchen gemeinhin „Landgrabbing“ genannten Plänen habe sich mit der Firma „Bioland Markt“ auch eine frühere Tochterfirma des Bioland-Verbands beteiligt. Eine Firma MCP Capital kümmere sich nun mit einer Schwesterfirma von „Bioland Markt“ um Anlageprojekte für Investoren - so sei bereits ein 1.200-Hektar-Betrieb in Rumänien gekauft worden.

Der SPIEGEL, so die AbL, berichte weiterhin über Falsch-Deklarationen von Biowaren (so von „Naturland“-Biomöhren) und über Betrugereien mit importierten Pseudo-„Biofuttermitteln“. Berichtet werde auch über einen Importfuttermittel-„Schmu“ des (noch?) im „Biopark-Verband“ organisierten „Fürstenhof“-Legehennen-Großkomplexes, einem der größten deutschen Bio-Eier-Anbieter: Zeitweise gab es laut SPIEGEL- „für den Rewe und Alnatura-Lieferanten Öko-Vermarktungsverbote – mal wegen des Verdachts auf zu geringen Auslauf, mal wegen verunreinigten Futters, was Behrens bestritt.“ ...

DER SPIEGEL: „Auch beim Branchenprimus Bioland hat die Nachschubnot erstaunliche Kompromissbereitschaft erzeugt. Zeitweise wurde sogar rumänisches Soja des umstrittenen und konventionell verflochtenen Konzerns KTG Agrar als Verbandsware akzeptiert. Das Unternehmen ist inzwischen pleite. Um derartige Durststrecken in Zukunft zu vermeiden, brütete der Partner Bioland Markt dann seine Investmentprojekte für Osteuropa aus.“

3.037 Zeichen – 08.04.2017

Pressemitteilung

Landwirtschaftsstudie 2017: Verbessertes Ansehen, aber auch Handlungsbedarf

04.04.17

Bewertungen der Untersuchung "Image der deutschen Landwirtschaft"

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland wird von den Bundesbürgern hoch eingeschätzt. Dies ist eines der Ergebnisse einer neuen repräsentativen Umfrage, die der gemeinnützige i.m.a - information.medien.agrar e.V. beim Meinungsforschungsinstitut Emnid in Auftrag gegeben und heute gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband in Berlin vorgestellt hat.

"Die Ergebnisse der Emnid-Untersuchung bestärken uns, dass die Bauernfamilien mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit den richtigen Weg eingeschlagen haben - sie sind für uns Ansporn. Vertrauen und Akzeptanz muss man sich jeden Tag neu verdienen. Wir werden den Dialog mit den Verbrauchern weiter ausbauen und intensivieren. Wenn die Bevölkerung den Beruf Landwirt für einen der wichtigsten und zukunftssträchigsten Berufe des Landes hält, bestätigt dies die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Landwirtschaft." Mit diesen Worten bewertete der Präsident des Deutschen Bauernverbands (DBV) und Vorsitzende vom i.m.a e.V., Joachim Rukwied, die Emnid-Untersuchung 2017 zum "Image der deutschen Landwirtschaft".

Spitzenplatz im Berufe-Ranking

"Wenn unsere Landwirtschaft von 87 Prozent der Menschen als wesentliche Grundlage für Lebensqualität und Lebensfähigkeit des Landes anerkannt wird, ist dies auch im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbranchen von hohem Wert", unterstrich Rukwied. "Als Landwirt freut es mich, wenn das Ansehen unserer Bauernfamilien und das Image des Landwirts gleich hinter den Ärzten die Spitze des Berufe-Rankings einnimmt und sich damit sogar seit der letzten Umfrage 2012 um einen Platz verbessert hat."

Intensiverer Dialog mit Verbrauchern

Zwar attestiere die Mehrheit der Bevölkerung den Landwirten, dass sie bei der Lebensmittelqualität, dem Unternehmertum, bei der Sicherung der Arbeitsplätze auf dem Land und der Pflege der Landschaft erhebliche Fortschritte erreicht haben, doch würden "neue und bekannte Herausforderungen" aufgezeigt, betonte der Bauernpräsident. Der größte Handlungsbedarf bestehe bei der Anerkennung der Nutztierhaltung und beim umweltbewussten Wirtschaften. "Auf diesen Feldern müssen und werden sich die Bauernfamilien und die landwirtschaftlichen Organisationen über einen intensiveren Dialog mit den Verbrauchern - besonders auch in Städten und Ballungsgebieten - und mit großem Engagement in den sozialen Netzwerken stärker einbringen müssen", unterstrich Rukwied. Die notwendigen fachlichen Fortschritte und Problemlösungen in der Tierhaltung und im Ackerbau seien mit dem Positionspapier "Veränderung gestalten" des DBV bereits vorgezeichnet worden.

Vorbehalte abbauen

Rukwied zeigte sich nachdenklich, dass "ein Teil der Bevölkerung der als modern wahrgenommenen Landwirtschaft weiterhin Vorbehalte entgegenbringt - trotz des guten Ansehens der Bauernfamilien." Während das Image der Bäuerinnen und Bauern über alle Bevölkerungsgruppen hinweg durchweg positiv ausfällt (79 %), ist

die Zustimmung zur "modernen Landwirtschaft" mit 61 Prozent verhaltener. Dieses Resultat zu verbessern, "muss uns Verpflichtung sein", so der Bauernpräsident.

Wissenslücken schließen

Für Patrik Simon, Geschäftsführer des i.m.a e.V., ist die Studie eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der Informationsangebote über die Landwirtschaft: "Um das Bedürfnis der Verbraucher nach realen Kontakten zur Landwirtschaft und einer stärkeren Berücksichtigung des Tierwohls zu erfüllen, haben wir zusammen mit den Landwirten Begegnungsmöglichkeiten auf den Höfen geschaffen. Mit Projekten wie "EinSichten in die Tierhaltung" oder dem außerschulischen "Lernort Bauernhof" bieten wir interessierten Zielgruppen die Chance, Landwirtschaft live zu erleben, falsche Vorstellungen von der Tierhaltung zu korrigieren und Wissenslücken zu schließen."

Simon hob hervor, dass man dem in der Umfrage geäußerten Wunsch von 61 Prozent der Bundesbürger nach mehr landwirtschaftlichen Themen im Schulunterricht auch "durch einen kontinuierlichen Ausbau des eigenen Angebots an Unterrichtsmaterialien begegne". Bereits jetzt nutzen bundesweit etwa 70.000 Lehrkräfte die zumeist kostenlosen Lehr- und Lernmaterialien des i.m.a. e.V.

Die Meinungsumfrage zum "Image der deutschen Landwirtschaft 2017" hat Emnid vom 13. bis 24. Februar 2017 erhoben. Mit 1000 Interviews bei der deutschsprachigen Bevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren ist die Untersuchung repräsentativ. Emnid führt diese Untersuchung seit 1966 alle fünf Jahre im Auftrag vom gemeinnützigen Verein i.m.a - information.medien. agrar e.V. durch. Eine Reihe unveränderter Fragen erlaubt einen Langzeitvergleich.

[Download des Grafikberichts.](#)

Dazu passt nun eigentlich überhaupt nicht die folgende Behauptung:

Immer mehr Bauernkinder werden gemobbt

NWZ – 1.4.2017 - Gunars Reichenbachs, Büro Hannover

Schilder klagen an: „Deine Eltern sind Mörder“. Tatort sind oftmals Schulen in Niedersachsen. Der Kinderschutzbund schlägt Alarm, der Agrarminister reagiert betroffen.

HANNOVER/IM NORDWESTEN Der Präsident des niedersächsischen Kinderschutzbundes redet Klartext: „Das Maß ist voll. Eine Katastrophe“, sagt Johannes Schmidt der NWZ: „Immer mehr Bauernkinder werden gemobbt. Viele Eltern wenden sich über Sorgentelefone verzweifelt an den Kinderschutzbund. Diese Angriffe auf Kinder sind einfach nur beschämend.“ Vor allem in den Schulen erleben Bauernkinder immer wieder, dass auf Zetteln oder Schildern steht: „Deine Eltern sind Mörder!“. Die Landvolk-Sprecherin Gabi von der Brelie beobachtet eine regelrechte „Sippenhaft“.

Der Kinderschutz-Präsident spricht von einem flächendeckenden Problem in Niedersachsen, aber besonders in Regionen mit einer hohen Zahl von Tierzuchtbetrieben wie dem Nordwesten. Und: „Ein regelrechter Riss geht zwischen Stadt und Land“, so Schmidt. Die Folgen für die Kinderpsyche sind dramatisch, beobachtet der [Kinderschutzbund](#): „Betroffene sind verunsichert, schämen sich für die Eltern und ziehen sich zurück“, klagt Schmidt, der eine breite Debatte verlangt: „Politiker und Bürgermeister müssen das heiße Thema endlich anpacken.“

Niedersachsens Agrarminister [Christian Meyer](#) (Grüne) zeigt sich entsetzt und verurteilt das Mobbing von Bauern und Bauernkindern „entschieden“. „Unsere Landwirte sind keine Tierquäler oder Giftspritzer, sondern bemühen sich im Rahmen der geltenden Gesetze um eine nachhaltige Landwirtschaft“, sagt Meyer der NWZ: „Ganze Berufsgruppen zu stigmatisieren, ist nicht hinnehmbar.“

Lesen Sie auch: [Hetzjagd im Nordwesten – Wenn der Bauer zum Bösewicht wird](#)

Mobbing gegen Bauernkinder

Beschämend Gunars Reichenbachs, Büro Hannover

Es ist nicht schwer, sich in die Psyche von Kindern hineinzusetzen, hinter denen Schilder in der Schule auftauchen: Deine Eltern sind Mörder. Dass Betroffene traumatisiert reagieren, wundert nicht. Die Sorgentelefone beim Kinderschutzbund und beim Landvolk stehen schon seit Längerem nicht mehr still: Immer wieder verzweifelte Anrufe wegen Mobbing gegen Bauernkinder. Beschämend und entsetzlich zugleich, wie sehr Kinder leiden (müssen).

Da werden gesellschaftliche Konflikte über eine art- und naturgerechte Landwirtschaft auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Ein gerütteltes Maß an Schuld trifft sogenannte Tierschutzorganisationen, die mit sensationsheischenden Fotos und Videosequenzen geschundener Kreaturen die Emotionen aufputschen. Ein ganzer Berufszweig wird pauschal als Tierquäler stigmatisiert.

Höchste Zeit, dass sich Niedersachsens Politiker mit dem Thema beschäftigen. Bauern und deren Kinder dürfen nicht die Opfer rhetorischer Grabenkriege sein.

Den Autor erreichen Sie unter REICHENBACHS@INFOAUTOR.DE

NRW-Grüne verabschieden Positionspapier gegen Massentierhaltung

06.04.2017 - Alfons Deter

Die Grüne Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen hat sich kürzlich wieder turnusgemäß mit Vertretern aus Bürgerinitiativen, [Naturschutz](#), Politik und alternativen Agrarverbänden getroffen, um über notwendige Reformschritte in der Agrarpolitik zu diskutieren. Ziel der Runde ist eine [Agrarwende](#) hin zu einer artgerechten und naturnahen [Landwirtschaft](#). Beim

letzten Treffen des „Runden Tisches“ in dieser Legislaturperiode wurde ein gemeinsames Sieben-Punkte-Papier verabschiedet.

(...)

Besonders erfreulich sei, dass das Papier einstimmig verabschiedet wurde und zwar von Vertretern aus der [Landwirtschaft](#), aus Bürgerinitiativen, [Naturschutz](#) und der Kommunalpolitik. (...)

[Download 7-Punkte-Papier](#)

Teilnehmer

- Vertreter von Bürgerinitiativen gegen den Bau von Anlagen zur Intensivtiermast
- Vertreter von [BUND](#) und [NABU](#)
- Tierschützerinnen
- Landwirte (überwiegend aus dem ökologischen [Landbau](#) sowie von BDM und [AbL](#))
- Eine Tierärztin
- Grüne Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Leserkommentare

von **Eckehard Niemann** · 06.04.2017 - 11:38 Uhr

Fatalerweise die Strukturfrage "vergessen"

Ich wundere mich sehr, weshalb hier bei der Definition von "Massentierhaltung" die Grenzen des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes und des Baugesetzbuchs keinerlei Rolle spielen - nämlich 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 15.000 Geflügel- und 600 Rinder-Plätze (300 Kühe plus Nachzucht). Dieser fatale Fehler führt vor allem bei der Forderung nach einer Filterpflicht "bei allen noch vorhandenen Tierhaltungsanlagen ohne Außenzugang" zu einer völlig irrealen Zuspitzung. Diese Filterpflicht gilt bislang richtigerweise ab 2.000 Schweinemastplätzen!

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-NRW-Gruene-verabschieden-Positionspapier-gegen-Massentierhaltung-8064869.html>

SZ - 4. April 2017

Tierschutz Täuschung mit staatlichem Gütesiegel

- Das Landwirtschaftsministerium entwickelt ein staatliches Gütesiegel für den Tierschutz.
- Der aktuelle Entwurf bringt allerdings kaum Verbesserungen. Er liest sich, als würde man das Tier an die industrielle Haltung anpassen und nicht umgekehrt.
- Die Initiative Tierwohl, ein Projekt des Lebensmittelhandels, spielte bei den Abstimmungen zum staatlichen Gütesiegel offenbar eine tragende Rolle.

Von *Eva Achinger* und [Katrin Langhans](#)

Die Sitzungen waren vertraulich, und wurden kurzfristig einberufen. Viermal lud Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) mehr als zwei Dutzend Teilnehmer des Bauernverbandes, der Geflügel- und Schweinelobby und des Lebensmitteleinzelhandels in sein Ministerium, um über ein geplantes staatliches "Tierwohl-Label" zu diskutieren. Ihnen gegenüber standen gerade einmal zwei bis drei Vertreter von Tierschutzorganisationen.

Der bisherige Entwurf des Gütesiegels, das [Tierschutz](#) in Schweineställen verbessern soll, liegt der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Bayerischen Rundfunk* vor und liest sich, als würde man das Tier an die industrielle Haltung anpassen und nicht umgekehrt. Der Staat würde dem Papier nach eine Schweinemasthaltung belohnen, die kaum über geltende Gesetze hinausgeht.

In der Theorie wäre ein staatliches Tierwohl-Label eine gute Sache. Umfragen zufolge finden mehr als 80 Prozent der Deutschen, dass Tiere die fürs Essen sterben müssen, zuvor ein gutes Leben haben sollten. Und mehr als jeder Zweite gibt an, er wäre auch bereit, dafür etwas mehr zu zahlen. Beim Schwein wünscht sich der Verbraucher: Platz fürs Tier, frische Luft, Licht, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diesen Vorstellungen gegenüber stehen die Standardställe der Bauern, in die Schmidts Kriterien integrierbar sein müssen. Denn die Teilnahme am staatlichen Gütesiegel soll freiwillig sein.

Der aktuelle Entwurf aber bringt dem Mastschwein kaum Verbesserungen: Ein 100 Kilo schweres Schwein hätte in der ersten von drei geplanten Stufen, gerade einmal etwa einen Quadratmeter Platz pro Tier und Zugang zu Raufutter, wie etwa Stroh im Trog - Beschäftigungsmaterial, das seit Jahren schon eine EU-Richtlinie vorsieht. Das Schwein dürfte weiterhin im Schummerlicht auf Beton-Spaltenboden gehalten werden, der seine Gelenke kaputt macht. Und sein Ringelschwanz dürfte weiterhin ohne Betäubung gekürzt werden. Behalten darf das Ferkel ihn nur "soweit nach Risikoauswertung möglich". Das Schwanzkupieren ist in Deutschland zwar gängige Praxis, damit sich die Tiere im Stall nicht aus Langeweile die Schwänze blutig beißen. De facto ist diese Praxis aber laut einer EU-Richtlinie präventiv verboten.

"Das routinemäßige Abschneiden von Schwänzen sollte von der Bundesregierung geahndet und nicht als Tierwohl gelabelt werden", sagt Denise Schmidt von Vier Pfoten, die bei den Beratungssitzungen des Ministeriums dabei war. "Das ist klare Verbrauchertäuschung", sagt sie.

Die Kriterien haben sich den internen Unterlagen zufolge seit Dezember kaum verändert. Bundesminister Schmidt hätte sie längst - wie ursprünglich angekündigt - auf der Grünen Woche im Januar präsentieren können. Da zeigte er nicht viel mehr als ein Plakat, auf dem ein grünes Logo mit einer Deutschlandfahne zu sehen war. Das Ministerium schreibt auf Anfrage von SZ und BR, man befände sich noch in der finalen Abstimmung der Kriterien.

Die Papiere zeigen, dass die Initiative Tierwohl bei diesen Abstimmungen offenbar eine tragende Rolle spielt. Die vielfach kritisierte Initiative zertifiziert mit Geldern des Handels Landwirte, die minimale Verbesserungen im Stall umsetzen, wie etwa ein Din-A4-Blatt mehr Platz pro Tier oder eine Metallkette zum Spielen. Die Dokumente

zeigen, dass das Ministerium wenige Tage vor Schmidts Präsentation im Januar ein internes Konsenspapier an Spitzenvertreter des Bauernverbandes und des Lebensmitteleinzelhandels verschickte, in dem stand: Man sehe in der Initiative Tierwohl eine "gute Ausgangsbasis auf der ein staatliches Tierwohl-Label aufbauen könne."

Bilder

Die einzelnen Gütesiegel im Tierwohl-Check

[mehr...](#)

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/tierschutz-taeuschung-mit-staatlichem-guetesiegel-1.3450431>

Süddeutsche Zeitung, 05.04.17: **Arme Schweine**

Ein dubioses Branchenbündnis reagiert auf die Bilder von dicht gedrängten, verwundeten Tieren in engen Ställen: Die Initiative Tierwohl zertifiziert Produkte von Aldi, Rewe und Edeka – um das Tierwohl geht es dabei aber kaum

Von Eva Achinger und Katrin Langhans

München – Mit einem schwammigen Spruch kann man manchmal besser werben als mit einem klaren Versprechen. So steht bis heute auf der Verpackung der Lidl-Bratwurstschnecken, man unterstütze mit dem Kauf des Fleisches aus dem Sortiment „den Wandel zu einer tiergerechten Haltung“. Das klingt, als könne man für wenig Geld etwas Gutes tun. Nun aber folgt der schwammige Zusatz: „Diese Information bedeutet nicht, dass die erworbenen Produkte bereits vollständig aus teilnehmenden Betrieben der Initiative stammen.“ Wahr wäre: Hier können auch Schweine verarbeitet sein, die in einem konventionellen Stall dicht an dicht im eigenen Kot standen. Aber das würde sich nicht so gut verkaufen.

Unterlagen, die der Süddeutschen Zeitung und dem Bayerischen Rundfunk vorliegen zeigen, welches Kalkül hinter dem Satz steckt. Formuliert hat ihn die „Kommunikations-Taskforce“ der Initiative Tierwohl, kurz ITW. Das Branchenbündnis aus der Landwirtschaft, der Fleischwirtschaft und Vertretern des Lebensmitteleinzelhandels ist, wenn man so will, ein Konzept, um auf die Bilder von dicht gedrängten verwundeten Tieren aus Standardställen zu reagieren. Seit zwei Jahren zertifiziert die Initiative Produkte von Rewe, Edeka, Lidl, Aldi, Netto, Wasgau, Real und Penny. Kaum ein Tierwohl-Programm für Schweine und Geflügel hat eine so große Reichweite, und keines ist so umstritten.

Wie dreist die Initiative vermeintlichen Tierschutz verkauft, zeigen die Papiere. Aus einem Dokument geht hervor, dass der Werbespruch auf Drängen der Geflügelwirtschaft vor etwa eineinhalb Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Schöttmer untersucht wurde. Das Ergebnis war eindeutig, jeder Zweite der Befragten glaubte, er kaufe mit der Tierwohl-Packung Fleisch aus besserer Tierhaltung. Fakt ist aber, dass viele der Schweine in einem Durchschnittsstall standen, im Schummerlicht, unter den Füßen Kot, in der Nase eine Luft so scharf wie auf einem Baustellen-Klo.

Das Prinzip des Handels ist es, für jedes verkaufte Kilo vier Cent zu zahlen – ganz gleich, ob das Schwein aus einem geförderten Stall stammt oder nicht.

In der Studie steht, viele Käufer würden den Text ohnehin nicht verstehen und seien „abgeschreckt von so viel Text“. Diese „unreflektierten“ Verbraucher würden vorwiegend bei Edeka, Lidl und Real einkaufen, seien im Schnitt 40 Jahre alt, männlich, und würden im Mittel etwa 2000 Euro verdienen. Eine „suboptimale Exekution“ der Werbekampagne erwarte man, wenn überhaupt, „weniger durch die Konsumenten“, einzig die „Gefahr der Entlarvung durch die Medien“ bleibe.

Et voilà.

Die Initiative Tierwohl schreibt in einer Stellungnahme, man teile die in der Studie getroffenen Aussagen nicht und setze auf den mündigen Verbraucher. Auch das Schöttmer Institut teilt mit, man traue dem Konsumenten trotz der Teilergebnisse der Studie Kompetenz zu.

Der Handel wirbt zwar seit Monaten flächendeckend mit Plakaten oder auf Produkten mit Sprüchen und süßen Schweinen, hat aber nicht einmal alle interessierten Landwirte zum Programm zugelassen. Erst 2018 sollen Landwirte von der Warteliste nachrücken und die Investitionssumme auf 100 Million Euro erhöht werden. Dabei könnte man die Teilnehmer mit den Interessenten schon jetzt fast verdoppeln.

Viel bringt die Initiative den Tieren aber ohnehin nicht. Sieben Wochen braucht die ITW um auf Anfrage von BR und SZ einen Landwirt zu finden, der bereit ist, seinen Schweinestall zu zeigen. Eine Vertreterin der Pressestelle begleitet die Reporter. Was Sie dazu sage, dass es – salopp gesagt – reiche, eines von zehn Schweinen aus dem Stall zu nehmen und zur Beschäftigung ein Stück Holz reinzuwerfen, um die Fördergelder zu erhalten? Gar nichts, antwortet die Dame. Sie habe keine Sprecherfunktion. Fragen müsse man nachreichen. Schriftlich teilt die ITW mit, es gebe zusätzlich zu dem Stück Holz und dem Platz auch „spezielle Anforderungen“ wie einen jährlichen Tränkwasser- oder Stallklimacheck.

Im Stall läuft ein Dutzend der 100 Kilo-Tiere zum Gitter, um die Besucher zu beschnuppern. Licht fällt durch ein paar Fenster auf den Betonboden, Stroh hängt in Metallraufen an der Wand. Der Boden sowie einige Tiere sind teilweise kotverschmiert, ein Stück Holz baumelt an einer Kette im Stall, scheint aber kein Schwein länger als ein paar Sekunden zu interessieren. Ein Tier liegt in einer Ecke und kaut an dem Schwanzstummel seines Vordermannes. Der grunzt laut auf, flüchtet und rumst mit dem Kopf gegen ein anderes Schwein. Bei etwa 83 Quadratcentimetern Platz pro Tier kann man dem anderen nicht ausweichen.

„Das ist Verbrauchertäuschung“, sagt Angela Dinter, die bei ProVieh arbeitet. Die Tierschutzorganisation initiierte vor mehr als sechs Jahren die Initiative und wurde kurz nach deren Gründung in einen Beraterausschuss ohne bindenden Einfluss geschoben. Aus der Frage „Was braucht das Schwein?“ sei nach und nach „Was können wir mit wenig Geld finanzieren?“ geworden, sagt Dinter. „Jetzt liegen die Standards nur knapp über dem Gesetz“. ProVieh hat die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr beendet. Auch der Deutsche Tierschutzbund ist ausgestiegen.

Und der Handel? Ein Großteil verweist bei den Interviewanfragen offiziell auf die Pressestelle der ITW. Nur ein hochrangiger Handelsvertreter ist dann doch bereit, anonym zu sprechen. Er sagt, er habe diverse Male versucht, einen zertifizierten Stall von innen zu sehen. „Ich wollte wissen: Wo fließen unsere Millionen hin? Ist das Tierwohl oder Kosmetik?“ Mehrere Termine seien abgesagt worden. „Das einzige, was ich gesehen habe, waren Rechnungen.“ Die ITW will sich nur an einen abgesagten Termin erinnern. Weiter sagt der Insider, dass der Verbraucher am Ende die Mehrkosten trage. Man lege das Geld auf diverse Produkte um. Ihm sei aber völlig unklar, ob die Landwirte das Geld wirklich in Tierschutz investieren würden oder ob sie sich gar Dinge bonieren lassen, die ohnehin bereits im Stall seien.

Eine nicht ganz unberechtigte Vermutung. Die internen Unterlagen zeigen, dass Landwirte am häufigsten Kriterien umsetzen, die keine großen Investitionen erfordern: eine Din-A4-Seite mehr Platz, etwas Beschäftigungsmaterial und eine Tränke, aus der die Tiere „offen saufen“ können. Der Bauernverband hatte vor zwei Jahren sogar offensiv mit dem Plusgeschäft geworben. Das geht aus einem Infoblatt hervor. Dort steht, die Anschaffungskosten seien „möglicherweise relativ niedrig, weil eventuell ein Kriterium bereits ganz oder teilweise erfüllt wird“. Es werde Betriebe geben, bei denen „der Bonuswert höher ist“ als die Kosten. Der Bauernverband ermutigt seine Mitglieder in dem Schreiben zur Teilnahme. Eine „aktiv vorangebrachte Initiative Tierwohl“ sei der beste Garant, um langfristig „gesetzlichen Verschärfungen vorzubeugen“.

TAZ – Eva Oer – 6.4.2017

Lasch, lascher, Tierwohlsiegel

Tierschutzverbände kritisieren geplante Standards im Entwurf für das staatliche Label von Bundesagrarminister Christian Schmidt.

BERLIN | taz Tierschützer beklagen viel zu lasche Kriterien für das staatliche Tierwohlsiegel von Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU). Fünf Verbände haben sich nun gegen das in der Planung befindliche Label ausgesprochen, da sie befürchten, dass die Standards teils sogar unter gesetzlichen Vorgaben liegen könnten.

Ein Streitpunkt ist das Kupieren genannte Abschneiden von Schweineschwänzen, das eine EU-Richtlinie nur in Ausnahmen erlaubt. In Deutschland ist es trotzdem üblich – und soll wohl auch mit dem Siegel zugelassen bleiben. „Bei einem freiwilligen Label, das Tierwohl auslobt, erwarten wir, dass der Ringelschwanz intakt bleibt“, sagte Angela Dinter, Referentin beim Tierschutzverband Pro Vieh. Mit dem

Kupieren wollen Landwirte verhindern, dass sich die Tiere gegenseitig den Schwanz aus Langeweile oder Platzmangel abbeißen.

Agrarminister Schmidt hatte seine Pläne für ein staatliches Tierwohllabel im Januar vorgestellt. In der freiwilligen Initiative soll Fleisch von Landwirten gekennzeichnet werden, die ihre Tiere unter besseren Bedingungen halten als vom Gesetz vorgegeben. 70 Millionen Euro wollte das Ministerium in Werbung investieren und auch Landwirte fördern, die im Sinne des Labels umbauen. Doch schon damals bemängelten Kritiker wie der Grünen-Experte Friedrich Ostendorff, dass es sich bei dem Siegel um Schönfärberei handele.

Dass sich solche Kritik bewahrheitet, befürchtet auch Pro-Vieh-Expertin Dinter, die in den Beratungen des Ministeriums zum Siegel die NGOs vertreten hat. Bisher sei vieles noch nicht klar – etwa wie viele Abstufungen der Kriterien es geben werde. Aber nach jetzigem Stand geht Dinter davon aus, dass die Einstiegsstufe etwa das Kupieren zulasse. Dabei sei das „die wichtigste Stufe überhaupt, da wird sich die breite Masse tummeln“.

ANGELA DINTER, PRO VIEH

„Wir erwarten, dass der Ringelschwanz intakt bleibt“

Nach Recherchen der *Süddeutschen Zeitung* und des BR bezieht sich das einzig nicht bereits gesetzlich vorgeschriebene Kriterium im bisherigen Entwurf auf den Platz. Ein 100-Kilo-Mastschwein soll demnach auf einem Quadratmeter anstelle von 0,75 leben. Dabei werden Verbraucher für gelabeltes Fleisch wohl trotzdem einen Aufpreis zahlen müssen.

Auf eine taz-Anfrage zur Kritik der Verbände äußerte sich sein Ministerium bis Redaktionsschluss nicht.

<http://www.taz.de/!5399823/>

Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt:

Kaum Tierschutz beim staatlichen Tierwohl-Label

Berlin, 7. April 2017

Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung und des Bayerischen Rundfunks zum geplanten staatlichen Tierwohl-Label steht das Prestige-Objekt des Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt in der Kritik von Tierschutzorganisationen. Die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt warnt, dass der aktuelle Entwurf kaum Verbesserungen für die Tiere erkennen lasse.

Den Medienberichten zufolge sieht der vorläufige Entwurf in der Einstiegsstufe des Labels für die Haltung von Mastschweinen Kriterien vor, die weitgehend nur die gesetzlichen Mindeststandards erfüllen. »Wenn Minister Schmidt mit dem Label zu mehr Tierschutz und zur Transparenz für Verbraucher beitragen will, müssen diese

Kriterien deutlich über nationalem und europäischem Recht liegen«, sagt Mahi Klosterhalfen, geschäftsführender Vorstand der Stiftung. »Sonst machen er und sein Ministerium sich nicht nur unglaubwürdig, sondern auch lächerlich.«

Im Entwurf zu den Label-Kriterien stehen Anforderungen wie ein Stück Holz als Spielzeug gegen Langeweile sowie ständiger Zugang zu Raufutter wie Stroh. Das verlangt jedoch bereits die nationale Nutztierhaltungsverordnung bzw. eine EU-Richtlinie. Auch das bislang routinemäßig praktizierte Abschneiden der Schwänze wird in dem Entwurf nicht verboten, obwohl es eigentlich dem Tierschutzgesetz und einer EU-Richtlinie widerspricht. Einzig der auf einen Quadratmeter erweiterte Platz für ein Mastschwein statt der gesetzlich vorgeschriebenen 0,75 Quadratmeter ist eine minimale Verbesserung.

Eine Verschärfung der Kriterien erscheint unwahrscheinlich, weil diese bis Ostern feststehen sollen. »Minister Schmidt will uns eine Mogelpackung unterjubeln, auf der sein Tierwohl-Label klebt. Doch mit Tierwohl haben diese Kriterien nichts zu tun«, kritisiert Klosterhalfen. Für die Markteinführung des staatlichen Tierwohl-Labels sind 70 Millionen Euro eingeplant. Bei der inhaltlichen Gestaltung werden vor allem die Interessen der Agrar- und Lebensmittellobby berücksichtigt. Entsprechend finden die wenigen einbezogenen Vertreter von Tierschutzorganisationen bei der Ausarbeitung der Kriterien kaum Gehör.

Die Albert Schweitzer Stiftung und andere Tierschutzorganisationen kritisieren darüber hinaus die Freiwilligkeit des Labels. Sie sprechen sich für eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte aus, wie sie bei Eiern schon lange angewendet wird. So könnten die tierquälendsten Produktionsweisen Schritt für Schritt vom Markt verdrängt werden.

Albert Schweitzers Ethik der »Ehrfurcht vor dem Leben« schloss Tiere mit ein. Er engagierte sich daher stets für den Tierschutz und lebte in seinen späteren Jahren vegetarisch. In seinem Gedenken setzt sich die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt seit dem Jahr 2000 gegen die Massentierhaltung und für die Verbreitung der veganen Lebensweise ein. Mehr erfahren Sie auf albert-schweitzer-stiftung.de sowie über @SchweitzerTiere auf Twitter.

Kontakt für Medienvertreter

Andreas Grabolle

Tel.: 030 - 400 54 68 15

Fax: 030 - 400 54 68 69

E-Mail: presse@albert-schweitzer-stiftung.de

Twitter: @SchweitzerTiere

Angeblicher Bio-Bauer als Millionen-Betrüger

SVZ vom 5. April 2017 - Aus der Onlineredaktion

Landwirt aus dem Kreis Ludwigslust-Parchim wird angeklagt

Wegen Betrugs und Urkundenfälschung hat die Staatsanwaltschaft einen Landwirt aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim angeklagt. Der 56-Jährige soll rund 6600 Schweine und 350 Rinder als „bio“ verkauft haben, obwohl er sie mit „normalem“ Futter großzog. Das angebliche Öko-Fleisch brachte ihn rund eine Million Euro mehr ein, als die Schlachthöfe für konventionell gemästete Tiere gezahlt hätten. Die Öko-Kontrollstellen täuschte er mit gefälschten Futtermittel-Rechnungen. Außerdem hinterzog der Landwirt Steuern und er kassiert, obwohl er nicht ökologisch wirtschaftete, 400 000 Euro an Subventionen, die der Staat an Bio-Bauern zahlt, um deren wirtschaftliche Nachteile auszugleichen. - von **Andreas Frost** erstellt am 05.Apr.2017 |

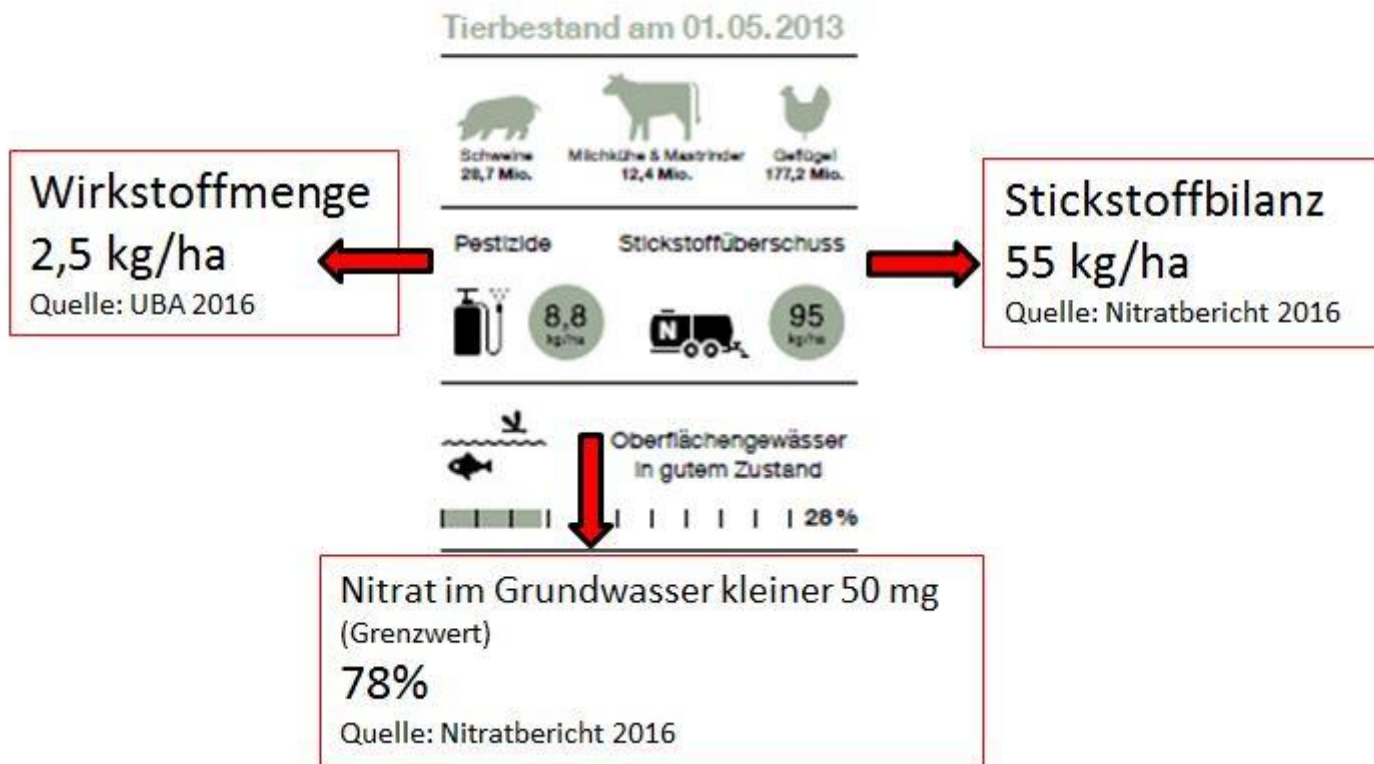
Internetseite „Bauer Willi“:

Veröffentlicht am 28. März 2017

Kommentare 104

GREENPEACE – woher kommen die Zahlen?

Kursbuch Agrarwende
5. Januar 2017



Hallo Greenpeace, ihr habt ja am 5. Januar das „Kursbuch Agrarwende“ veröffentlicht. Damit wir auf Augenhöhe miteinander reden können, müssen wir uns erst einmal über die Zahlen mit euch verständigen. Und da habe ich ein paar Fragen:

1. Bei „Pestiziden“ (wir Bauern sagen „Pflanzenschutzmittel“) geht ihr von 8,8 kg pro Hektar aus. Tatsächlich sind es 2,5 kg/ha (*oder auch 2,8 kg/ha je nach Quelle*). Das ist nämlich die **Wirkstoffmenge**. Wenn man vom Kaffeeverbrauch redet, nimmt man ja auch die **Kaffeebohnen in Tonnen** und nicht die getrunkenen Liter aufgebrühten Kaffee. Die Zahl wäre natürlich viel größer.
2. Die Stickstoffbilanz im neuesten Nitratbericht 2016 weist **55 kg**/Hektar aus. Ihr kommt aber auf **95 kg/ha**. Da ist doch ein „kleiner“ Unterschied den ich nicht verstehe. Wer hat denn nun recht? Ich glaube da eher dem Nitratbericht.
3. Laut dem Nitratbericht 2016 liegen **72% unterhalb** des Grenzwertes von 50 mg Nitrat, ist also in **gutem** Zustand. Ihr sagt, das **72%** des Oberflächenwasser in **schlechtem** Zustand sind. Kann es sein, dass da ein Zahlendreher drin ist? Ich habe ja ohnehin so meine Zweifel an der Ermittlung der Zahlen im Nitratbericht, aber das ist ein anderes Thema.

Wenn wir also einen vernünftigen Dialog führen wollen, solltet ihr jetzt für Aufklärung sorgen. Macht ja Sinn, erst einmal eine gemeinsame Datenbasis zu finden, sonst redet ja jeder von was anderem. Sollte ich mich geirrt haben, dürft ihr mich auch

gerne korrigieren. Bin noch nicht so alt, dass ich nicht noch was lernen könnte...

Euer Bauer Willi

Quelle: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/kursbuch_agrarwende_2015_05.01.2017_zusammenfassung.pdf

(Aufrufe 3.329 gesamt, 1 heute)

Martin Hofstetter (Greenpeace):

28. März 2017:

Lieber Bauer Willi,

Auch wir sind ganz sicher nicht unfehlbar und bemühen uns aus Fehlern zu lernen. Darum danke für die Hinweise.

Sie fragen danach, woher die von uns verwendeten Zahlen stammen. Ich hab grad mal nach den Quellen geschaut. Also

1. Pflanzenschutzmittelverkäufe:

BVL (2015): Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2014.

http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/meld_par_64_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Ihr Kaffeevergleich hinkt übrigens gewaltig. Kein Landwirt käme auf die Idee die gekauften Pflanzenschutzmittel pur auszubringen. Soweit ich mich erinnere verdünnt man die meisten PSM (nicht die reinen Wirkstoffmengen) mit erheblichen Mengen Wassers, bevor man sie ausbringt. Die Ausbringungsmengen sind also um ein vielfaches höher..... Im ernst: wir sind uns vermutlich einig, dass weder

Wirkstoffmengen noch die Menge an verkauften Pflanzenschutzmittel entscheidend ist. Die spezifischen Wirkstoffe und ihre Wirkung (und Gefahren) sind dafür viel zu unterschiedlich.

Die von uns gewählte Darstellung soll nur zeigen, dass da in den kommenden Jahren dringender Handlungsbedarf besteht und eine Minimierungsstrategie erfolgen muss.

2. Zu Stickstoffbilanzen finden sie die Daten beim BMEL

<http://www.bmel-statistik.de/nc/de/service/suchmaske/>

Dort geben sie den Suchbegriff „Stickstoff“ ein und sie finden Tabellen zur langjährigen Entwicklung der Stickstoff-Nährstoffbilanz bzw. der Stickstoff-Flächenbilanz.

Bei der Nährstoffbilanz (diese Zahlen haben wir genommen) wird die Nährstoffabfuhr anhand der erzeugten Fleisch- und Milchmengen errechnet, bei der Flächenbilanz werden statt dessen Futter-Erntemengen und Verluste geschätzt.

Aufgrund der unterschiedlich hohen Ernteerträge/Witterungsverhältnisse schwankt das Saldo von Jahr zu Jahr erheblich. Darum nimmt man das Dreijahresmittel.

3. Der Unterschied zwischen Grundwasserqualität und Oberflächengewässerqualität hat sich in ihrem Blog schon geklärt.

Informationen zum ökologischen und chemischen Zustand von Oberflächengewässern finden sie beim Umweltbundesamt. Von dort haben die Kollegen des FIBL auch die Daten bezogen. Da die Wasserrahmenrichtlinie klare Zielvorgaben macht wird das in Zukunft für die Landwirtschaft relevanter werden.

Lieben Gruß

Martin Hofstetter

TAZ – 7.4.2017:

Population der Feldhasen in Deutschland

Der Mümmelmann lebt noch

Dem Symboltier für Ostern gefällt es besonders im Nordwesten Deutschlands. Trotzdem braucht es immer noch Schutz.

BERLIN taz | Die Population des bedrohten Feldhasen ist im Jahr 2016 stabil geblieben. Bei den Zählungen im Frühjahr und Herbst des vergangenen Jahres sind pro Quadratkilometer im Bundesschnitt rund elf Feldhasen ermittelt worden. Damit hat sich die Population des Feldhasen in Deutschland nicht verkleinert.

Eine gute Nachricht, denn die rund drei Millionen Feldhasen in Deutschland stehen auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten. Neben den natürlichen Feinden wie Fuchs und Greifvögel schränkt der Mensch den natürlichen Lebensraum des *Lepus europaeus* ein. Feldhasen brauchen große Wiesen und Hecken als Rückzugsorte und für die Aufzucht ihrer Jungen.

Je großflächiger die Landwirtschaft, desto geringer der Hasenbestand, denn große Ackerflächen bieten nur wenige oder gar keinen Schutzmöglichkeiten für die Tiere. Zudem findet der schnelle Läufer in den Gräsern am Feldrand seine Nahrung. 70 verschiedene Kräuter- und Grassorten kann er unterscheiden, denn er braucht eine buntes Menü für seine gesunde Ernährung.

Insbesondere im Frühjahr zerstören große Maschinen beim Bestellen der Äcker nicht nur den Lebensraum, sondern töten auch viele Hasenjungen, die in den Mulden der Böden leben. Aus diesem Grund sind in Ostdeutschland, wo mehr große landwirtschaftliche Betriebe angesiedelt sind als im Westen, nur 5 Feldhasen pro Quadratkilometer gezählt worden, im Nordwesten des Landes waren es 18. Das Alpenvorland kommt auf rund 8 Feldhasen pro Quadratkilometer.

<http://www.taz.de/Population-der-Feldhasen-in-Deutschland/!5400321/>

Deutschlandfunk - 07.04.2017

Gartenbau Warum Wildsamen ein Luxusgut sind

Ohne Pflanzenvielfalt keine Insektenvielfalt, ohne Insektenvielfalt keine Kirschen, Äpfel oder Erdbeeren. Damit das so bleibt, sammelt und vermehrt der baden-württembergische Bauer Ernst Rieger seit 30 Jahren Wildsamen und Gräser. Ein langwieriger Prozess, der seinen Preis hat.

Von Klaus Betz

MEHR ZUM THEMA

Artenrückgang in Europa "Eine ökologische Katastrophe im ländlichen Raum"
Blume des Jahres Schräger Name - heilkräftige Pflanze

Ernst Rieger ist kein klassischer Züchter von Wildsamen. Sondern er sammelt und vermehrt den Wildwuchs der Natur: "Los geht's eigentlich hier, im Gewächshaus. Wir sammeln in den freien Landschaft ein paar Gramm Samen. Manches Gramm sind 10.000 bis 15.000 Körner, und das geht ins Gewächshaus, wird ausgesät in Ansaatschalen und dann pikiert. Und dann geht's erst auf den Acker. Denn des Ausgangsmaterial, was wir brauchen, des Ursprüngliche, kann man in der ganzen Welt nicht kaufen. Wir können des nur selber produzieren, indem wir des Ausgangsmaterial in der freien Landschaft holen, und zwar dort, wo noch nix versaut ist."

Jedes Jahr produziert Rieger mit seinem Familienbetrieb auf 1.400 Vermehrungsflächen in ganz Deutschland rund 100 Tonnen des gefragten Wildwuchses – bei einem Umsatz von fünf Millionen Euro. Mit 30 Mitarbeitern und 60 Vertragsanbauern sichert er so den Fortbestand von ursprünglichem Saatgut. Sein Motiv: "Heute geht's ums Ganze. Es geht um die menschliche Ernährung und um die menschliche Existenz; es geht um Äpfel, Birnen, Kirschen, Erbeeren, Raps, Buchweizen und so weiter, weil das sind ja alles Befruchter, also des sind alles

Pflanzen, die von Insekten befruchtet werden müssen. Das ist genetisch und von der Natur festgelegt, da kann keiner was ändern."

Vier Jahre bis zum Verkauf

Wildblumen und Wildgräser zu vermehren, ist ein langwieriger und schwieriger Prozess. Zwischen dem Sammeln, dem Aussäen und Ernten bis zum Verkaufen können drei oder vier Jahre liegen. Viel Erfahrungswissen und viel Handarbeit sind nötig. "Wir arbeiten von 100 Arbeitsstunden pro Hektar bis zu 3.000 Arbeitsstunden pro Hektar. Deshalb kostet manches Saatgut auch über 1.000 Euro das Kilo. Gänseblümchen zum Beispiel 1.500 Euro das Kilo. Denkt jeder, ja das gibt's doch überall, habe ich auch in meinem Garten. Ja sag' ich, her damit – dann krieg ich nix." Die bundesdeutsche Naturschutzgesetzgebung schreibt bei Renaturierungs- und Ausgleichsmaßnahmen den Einsatz von "gebietseigenem Saatgut" vor. Aber woher soll man all die biotoptypischen Wildblumen, Gräser und Hülsenfrüchte nehmen, und in welcher Mischung?, fragen sich Deichbauer, Autobahnplaner, Bergwerksingenieure und Landschaftsgärtner.

Samen so weich "wie der Sand auf Hawaii"

Sie alle wenden sich an Ernst Rieger, der im hohenlohischen Blaufelden, im nordöstlichen Baden-Württemberg, sein Zentrum für die Wildsamenerzeugung aufgebaut hat. "Braunwurz sehe ich hier, Weiße Lichtnelke, Wilde Malve, Moschusmalve – und hier haben wir Bergsandglöckchen, was ganz Feines. Da sind 15.000 Korn ein Gramm. Und jetzt halten wir das mal ans Licht und dann sieht man, was das für ein feiner Samen ist, der ist samtweich, das ist ein Gefühl – wie der Sand auf Hawaii."

Regelmäßig ist Rieger in Deutschland und in den europäischen Nachbarländern unterwegs, um seine Erfahrungen und sein Wissen weiterzugeben. "Des Know-how verschenke ich, das meiste. Damit's besser wird und schneller geht." Außerdem liegt es ihm fern, den ganzen großen Profit anzustreben und seine so erfolgreichen Vermehrungsmethoden patentieren zu lassen. Rieger ist überzeugt, im Konflikt könne er auch Großkonzernen Paroli bieten. "Auf diese ganzen Pflanzen gibt's keine Patente. Das darf gar nicht sein und das darf nie sein. Es muss jeder jederzeit Zugang haben. Wir haben entsprechend Kontakte in alle Welt und wenn da irgend so was aufkommen würde, könnten wir schon dagegen halten."

Jedes Samenkorn hat einen ortstypischen Fingerabdruck

In der 2.000 Quadratmeter großen Versandhalle neben den Gewächshäusern lagert tonnenweise der gereinigte Wildsamenerzeuger in großen Säcken. Getrennt nach acht verschiedenen Produktionsräumen. So wird garantiert, dass Wildsamenerzeuger aus dem "nordwestdeutschen Tiefland" nicht an einen Besteller aus dem "süddeutschen Berg- und Hügelland" ausgeliefert wird und umgekehrt.

Andernfalls wäre der Vermehrungserfolg gefährdet. Der Grund: Jedes Samenkorn bringt einen ortstypischen Fingerabdruck mit und muss daher wieder unter den dazu passenden Witterungs- und Bodenverhältnissen ausgesät werden. Also gibt es – entsprechend den acht Herkunftsregionen – acht Mal Gänseblümchen und acht Mal Kornblumen.

http://www.deutschlandfunk.de/gartenbau-warum-wildsamenerzeuger-ein-luxusgut-sind.697.de.html?dram:article_id=383314

NDR - 07.04.2017

Umweltminister erwägt Abschuss eines weiteren Wolfes

Knapp ein Jahr nach dem Abschuss des auffälligen Wolfs MT6 erwägt die Landesregierung die Tötung eines weiteren Tiers. "Aktuell prüfen wir einen Fall in der Region Heide, und wir werden solche Maßnahmen veranlassen, wenn sie notwendig sind", sagte Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) am Freitag im Landtag. Den Ort, um den es geht, nannte er nicht. Ein Sprecher des Ministeriums sagte lediglich, das Tier sei in der Nähe der ehemaligen britischen Truppenübungsplätze im Landkreis Heidekreis gesichtet worden. Ein zuständiger Wolfsberater sagte im Gespräch mit NDR 1 Niedersachsen, es handele sich um den Raum Schneverdingen.

"Kurti" als Präzedenzfall

Im vergangenen April hatte Niedersachsen als erstes Bundesland einen auffälligen Wolf abgeschossen. Das auch "Kurti" genannte Tier aus dem Munsteraner Rudel hatte sich im Heidekreis mehrfach Menschen bis auf wenige Meter genähert. Über den neuen Fall sagte Wenzel, derzeit sammle man noch Informationen über das Verhalten des Wolfs. Diese würden dann der Bundesberatungsstelle vorgelegt. Sollten die Fachleute zu dem Urteil gelangen, dass der Wolf auffällig sei, müsse geprüft werden, ob man ihn vergrämen oder in ein Gehege bringen könne. "Es kann auch sein, dass man am Ende sagt, man muss das Tier erschießen", ergänzte Wenzel.

Zahl der getöteten Weidetiere gestiegen

Der Fall "Kurti" hatte die Debatte um den Umgang mit der Wolfspopulation in Niedersachsen weiter angefacht. Derzeit gibt es etwa 80 Wölfe im Land. Vor allem Halter von Schafen und Ziegen in der Heide, im Raum Diepholz und rund um Cuxhaven fürchten den Wolf, weil er Weidetiere tötet. Nach Angaben des Umweltministeriums gab es 2016 68 eindeutig dem Wolf zugeordnete Fälle mit insgesamt 175 getöteten Tieren, vor allem Schafe, aber auch Rinder. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein leichter Anstieg. Der Umweltminister ist überzeugt, dass die Prävention mit wolfssicheren Zäunen funktioniert.

FDP will klarere Kriterien für Problemwölfe

Die Opposition sieht das anders. Die FDP fordert deshalb, genau festzulegen, wann ein Wolf als auffällig gelten soll. Dies ist aus Sicht der Liberalen dann gegeben, wenn sich das Tier weniger als 300 Meter von menschlichen Siedlungen aufhält oder wenn es mehr als zweimal Nutztiere reißt, die von wolfssicheren Zäune geschützt sind. Bislang gibt es keine klar definierten Kriterien. Ein einzelnes Tier darf nur getötet werden, wenn von ihm entweder eine Gefahr für den Menschen ausgeht oder wenn ein großer wirtschaftlicher Schaden zu erwarten ist.

Bauernbund Brandenburg – 7.4.2017:

Der Bauernbund Brandenburg hat Agrarminister Jörg Vogelsänger aufgefordert, den vom Land Brandenburg mit der Begutachtung von Wolfsrissen beauftragten Wildbiologen Kay-Uwe Hartleb nicht weiter zu beschäftigen. In einem Schreiben zweifelt die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe Hartlebs Kompetenz und Integrität sowie eine für die Aufgabe erforderliche unparteiische Herangehensweise an. Auf Facebook hatte Hartleb zuvor einen Journalisten der Tageszeitung taz beleidigt und beschimpft, der sich kritisch mit der Ausbreitung der Wölfe in Brandenburg auseinandersetzt, sowie einen von ihm bei seiner Gutachter-Tätigkeit aufgesuchten Landwirt verleumdet. „Hartleb ist das Gesicht, mit dem das Land geschädigten Landwirten gegenüber tritt. Dieser Mann ist aus unserer Sicht nicht mehr tragbar“, so Bauernbund Geschäftsführer Reinhard Jung.

23.03.2017 - schweizerbauer.ch - blu **USA - Bauern hacken ihre Traktoren**

Traktorenhersteller wie John Deere wollen die exklusive Kontrolle über den Reparaturprozess. US-Farmer wehren sich dagegen, indem sie eine alternative Software einsetzen.

Eine Situation, wie sie sich auf einem Feld in den USA abspielen könnte. Der Traktor von Farmer Lewis hat eine Panne. Die Betriebssoftware des Traktors meldet dies dem Werk. Das Fahrzeug wird von dort aus abgestellt. Um das Fahrzeug wieder starten zu können, muss ein Mitarbeiter des Herstellers angefordert werden, um die Reparatur abzusegnen. Denn nur die Werksmitarbeiter können die Software wieder entsperren. Der Hersteller hat also die Möglichkeit, den Traktor vom Werk aus zu «steuern». Das berichtet Futurezone.at.

US-Farmer sind deswegen wenig erfreut. Sie setzen deshalb sogenannte alternative Firmware aus der Ukraine ein. Hierbei handelt es sich um eine Version der Originalsoftware, die gehackt und an die Bauern in die USA verkauft wird. Dank der alternativen Software lassen sich verschiedene Funktionen wie die Maximalgeschwindigkeit regeln.

Die Farmer sind vor allem deshalb erzürnt, weil sie den Mechaniker nicht mehr selber wählen können, sondern immer den Hersteller kontaktieren müssen. Einerseits verursacht dieses Prozedere Kosten, andererseits verlieren die Farmer Zeit.

«Wenn es hart auf hart kommt, kann es sein, dass wir keine Zeit haben, um auf einen Angestellten zu warten», sagt Farmer Danny Kluthe. Um die Souveränität über die von ihnen gekauften Fahrzeuge und die Kontrolle über eigene Arbeitsvorgänge zu behalten, kaufen sie Software aus dem Online-Schwarzmarkt.

In den USA ist das Recht auf Reparatur ein heisses Eisen. Die Unternehmen möchten die exklusive Kontrolle über die Reparaturprozesse innehaben, die Bauern wehren sich dagegen. John Deere setzt sich gegen gesetzliche Regelungen zu einem «right to repair» ein, schreibt Futurezone.at weiter.

USA: Bauern hacken eigene Traktoren

am 24.03.2017 von [Simon Rebiger](#) / [5 Kommentare](#) / [Teilen](#)

Strikte Regelungen zwingen Besitzer von modernen Traktoren in den USA dazu, jede Reparatur vom Hersteller autorisieren zu lassen. Das kostet hohe Extra-Gebühren und dauert kostbare Zeit, die Bauern in der Erntezeit nicht haben. Deswegen greifen viele Landwirte aus den USA auf gecrackte Software aus Polen und der Ukraine zurück, die gegen Bezahlung über Online-Foren erhältlich ist. [Motherboard hat mit Bauern und Hackern gesprochen](#):

Das Hacken von Traktoren verbreitet sich immer, mehr weil John Deere und andere Hersteller es unmöglich gemacht haben, „unautorisierte“ Reparaturen an ihren Landwirtschaftsgeräten durchzuführen. Das sehen die Bauern als ein Angriff auf ihre Souveränität und als Gefahr für ihre Existenzgrundlage, sollte ihr Traktor zu einem ungünstigen Zeitpunkt kaputt gehen. (Eigene Übersetzung)

Aus dem Grund kämpfen Landwirte zusammen mit Nutzern anderer elektronischer Geräte in den USA für ein „[Recht auf Reparatur](#)“. Hersteller sollen ihre Originalersatzteile auch an Verbraucher und unabhängige Dienstleister verkaufen sowie Diagnose- und Reparaturanleitungen öffentlich zugänglich machen.

Auf unsere kurzfristige Nachfrage zur Situation in Deutschland hat der Bauernverband bislang nicht reagiert.

<https://netzpolitik.org/2017/usa-bauern-hacken-eigene-traktoren/>

Deutschlandfunk - 05.04.2017

[Migration aus Afrika](#)

"Unsere ganzen Reichtümer sind in Europa"

Noch immer leiden Menschen in Afrika unter den Folgen der Kolonisierung. Mittlerweile agieren zwar neue Player - aber auch die scheren sich weder um Nachhaltigkeit und Rechtsstaatlichkeit noch um die Interessen der Bevölkerung. Die Flucht nach Europa ist für viele der einzige Ausweg. In

Europa will man deswegen Bleibeperspektiven schaffen - mit einem Marshallplan.

Von Marc Thoerner

MEHR ZUM THEMA

[Fluchtursachen](#) Folterkammer Eritrea

[Im Grenzbereich](#) Eine deutsche Chirurgin im Nothilfeinsatz im Südsudan

[Deutsche Entwicklungspolitik](#) Marshallplan soll afrikanische Wirtschaft ankurbeln

[African Economic Forum](#) Entwicklungshilfe oder Verteidigung?

[Auffanglager für Flüchtlinge](#) "Libyen ist kein sicheres Land"

Irgendwo in Marokko. An einer Durchfahrtsstraße, von einer hohen Hecke beinahe überwuchert: Eine Kirche aus den 1920er-Jahren. Drinnen fällt der Blick auf eine dunkle Halle ohne Gestühl. Längs der Wände reihen sich Matratzen. Eine Gruppe von afrikanischen Flüchtlingen aus der Subsahara-Region hat sich das aufgegebene Gotteshaus zum Unterschlupf genommen. Männer und Frauen, die meisten Anfang 20. Sie tragen Jogging-Hosen, Trainingsjacken, Wollmützen. Einige erheben sich, blinzeln, reiben sich die Augen angesichts des ungewohnten Lichts, das aus der Türöffnung eindringt. Unter ihnen ist auch Dschamila, Mitte 20, aus Kamerun. Für sie ist diese halb vergessene Kirche die erste sichere Unterkunft auf ihrer langen Reise Richtung Europa.

"Ich habe es über Libyen versucht. Aber das hat nicht geklappt, es gab zu viele Hindernisse. Wir wären fast ertrunken. Libysche Rebellen haben uns dann aus dem Wasser gefischt und uns drei Wochen lang eingesperrt. Da gab es kaum was zu essen."

"Deutschland ist mein großer Wunsch"

Nur mit viel Glück, sagt Jamila, gelang ihr und einer anderen Frau die Flucht.

"Die Ausreise aus Libyen – das war wieder ein ganz anderer Film. Sehr, sehr schlimm. Noch viel schlimmer als dort einzureisen. Über Algerien bin ich dann schließlich nach Marokko. Deutschland ist mein großer Wunsch. Alles, was ich in meinem Land durchgemacht habe und auf dem Weg ans Ziel, all das werde ich vergessen. Und alles, was ich mir je erträumt habe, hätte sich in Deutschland erfüllt." Damit Dschamila und die anderen hier das Ziel ihrer Wünsche nicht erreichen, haben die europäischen Staaten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Speziell die libysche Küste ist dabei im Blick. Denn von dort machen sich, wie Dschamila, die meisten Flüchtlinge und Migrantinnen nach Europa auf.

Um sie aufzuhalten, notfalls aus Seenot zu retten, gibt es die international zusammengesetzten Grenzpatrouillen der europäischen Agentur Frontex. Und seit dem Juni 2015 auch diejenigen der Operation SOPHIA. Deren Militärs dürfen die Flüchtlingsboote entern, durchsuchen, beschlagnahmen und sie dürfen mutmaßliche Schleuser den Gerichten von EU-Mitgliedsstaaten übergeben.

Stärkung und Ausbildung der libyschen Küstenwache

Für Roderich Kiesewetter, CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, ist diese Mission dennoch nicht ausreichend – ja in dieser Form sogar kontraproduktiv.

"Gegenwärtig wirkt SOPHIA wie ein Staubsauger. Die Schlepper schaffen die Flüchtlinge zwei, drei Meilen außerhalb auf das Meer und dann werden sie schon aufgenommen. Diese Art von Aufnahme von Migrantinnen ist eigentlich nicht das Ziel

von SOPHIA. Deshalb müssen wir ganz stark das Ziel haben, dass SOPHIA sich ausweitet an die libysche Küste und dass die Ausbildung der Küstenwache auch dazu dient, dass das Schlepperunwesen bekämpft wird und eingedämmt wird, so wie das zur Zeit noch zwischen Türkei und Griechenland der Fall ist."

Anfang 2017 verabschiedeten die EU-Staaten auf Malta einen 10-Punkte-Plan. Zentraler Punkt ist die Stärkung und Ausbildung der libyschen Küstenwache. Doch gerade dieser zentrale Punkt ist zugleich Schwachpunkt, meint Uwe Keckeritz, entwicklungspolitischer Sprecher von Bündnis 90-Die Grünen:

"Wer kontrolliert diese Küstenwache? Die Regierung ist es nicht. Ich weiß nicht, wer die Küstenwache ist. Und da ist ein enormes Risikopotenzial dahinter, sollte man tatsächlich hier die Küstenwache ausstatten mit besserem Equipment und personeller Schulung, dann weiß kein Mensch, in welche Hände das gerät und wie vor allen Dingen die Macht, die ja dahinter steckt, auch eingesetzt wird."

Auffangzentren als Bildungseinrichtungen

Zum Zehnpunkteplan von Malta gehört auch eine Idee, die schon 2004 der damalige Innenminister Otto Schily ins Gespräch gebracht hatte: Auffanglager für Flüchtlinge. In ihnen soll dann, noch auf afrikanischem Boden, getrennt und eingeteilt werden: in politische Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten. Für die Betroffenen hieße das, so CDU-Außenpolitiker Kiesewetter:

"... dass den Leuten, die in diese Aufnahmezentren kommen, klar ist, dass das keine Freikarte nach Europa ist, sondern womöglich das Ende ihrer Reise, wenn sie nicht wieder in ihre Heimatländer zurückgehen. Wir müssen auch sehr klar machen, dass dort Bildung und Ausbildung stattfindet. Und dass von dort aus eine temporäre Migration nach Europa stattfinden kann zur Qualifizierung. Oder wenn Qualifizierte da sind, dass sie für einige Jahre eine Höherqualifizierung in Europa erhalten." Auffangzentren als Bildungseinrichtungen. Berufsqualifikation gemäß dem dualen Ausbildungssystem, verbunden mit der Hoffnung, die so Geschulten würden sich dann wieder auf den Weg in ihre Heimatländer machen. Ob das als Angebot stark genug ist?

"Wir wollen zu den Europäern hin"

Fabrice, auch er aus Kamerun, spricht aus, was ihn und seine Weggenossen zu ihrer langen Reise nach Europa motiviert.

"Wir wollen zu den Europäern hin. Weil die Europäer Afrika ausgeplündert haben, auch Kamerun. Unsere ganzen Reichtümer sind in Europa. Und jetzt müssen wir da hin, um uns dort zu holen, was wir für unseren Lebensunterhalt brauchen."

Nur eine Rechtfertigungsstrategie, um zu den Fleischtöpfen im Norden zu gelangen - oder beutet Europa Afrika tatsächlich noch bis heute rücksichtslos aus? So rücksichtslos, dass den Afrikanern keine andere Perspektive bleibt als die, sich ihre Güter wieder zurückzuholen?

Keine Änderung der Besitzverhältnisse nach der Entkolonisierung

Casablanca. Club der Auslandsfranzosen. Eine Restaurantterrasse unter Sonnenschirmen. Swimming Pools, Golf- und Tennisplätze, ein eigener Kindergarten mit Kinderspielplatz. Pavillons, Verwaltungsbauten. Hier sitzen einige derjenigen, denen Fabrice aus Kamerun so etwas vorwirft: Geschäftsleute, Manager, Militärberater. Monsieur Claude repräsentiert die Organisation der Franzosen in Marokko. Dass es in den Interessen der Clubmitglieder so etwas wie eine Kontinuität gibt, daran lässt sich aus seiner Sicht nicht zweifeln.

"Es gab meines Wissens hier niemals dramatische Enteignungen. Klar, ein paar Sachen wurden enteignet. Aber den Franzosen wurde ihr Besitz niemals systematisch oder gar durch Zwangsmaßnahmen weggenommen. Da war mal kurz ein Vakuum in den 1960er-Jahren, als die Franzosen sich aus Marokko zurückgezogen haben. Aber anschließend sind viele schnell wieder zurückgekehrt, zwei, drei Jahre später. Und nichts hat sich hier für sie geändert. Sie besitzen sogar noch Weinberge hier oder andere Liegenschaften. Grundstücke, die vor langer Zeit erworben wurden. Drei, vier Generationen von Franzosen wurden in Marokko geboren. Manche, die hier auf die Welt gekommen sind, ziehen weg und kommen anschließend wieder zurück."

Europäische Wirtschaftsmigration nach Afrika

Und daran etwas zu ändern, erscheine bisher weder den hiesigen Europäern noch der einheimischen Elite opportun.

"Wir haben enge Bande zu den Repräsentanten der hiesigen Staatsmacht geknüpft, das beruht auf Gegenseitigkeit. Rein zwischenmenschliche Bande. Unsere marokkanischen Freunde nehmen gern das wahr, was wir hier anbieten... und wir bevorzugen ganz besondere Freunde. Es ist die Elite von Casablanca. Der Gouverneur. Die hohen Kader der Polizei... na unsere Freunde eben. Freundschaft kennt keine Grenzen, oder?"

Wer die Fotogalerien des Clubs betrachtet, die Aufnahmen von Unternehmern und Firmengründern, die sich seit den 1920er-Jahren hier niederließen, der könnte seine Beobachtungen zu etwa folgender These verdichten:

Der afrikanischen Wirtschaftsmigration gen Europa ist eine europäische Wirtschaftsmigration nach Afrika vorausgegangen. Sie hat vor drei, vier Generationen begonnen und dauert zur Zeit noch an. Der Unterschied zur afrikanischen Migration Richtung Europa ist, dass es sich hier nicht um Hunderttausende, sondern um eine relativ kleine Gruppe handelt. Das spielt aus Sicht der Afrikaner aber keine Rolle, weil diese vergleichsweise kleine Gruppe Europäer in den afrikanischen Ländern tief prägende Spuren hinterlässt.

"Die Franzosen haben quasi das Business-Monopol bei uns in allen Bereichen. Sie besitzen Hotels, Firmen, selbst unsere Stromversorgung gehört Frankreich."

Sagt Elisabeth N'Tcho, die in ihrem Heimatland, der ebenfalls frankophonen Elfenbeinküste, als Geschäftsführerin und Unternehmerin gearbeitet hat.

Chaos fing erst mit der Intervention der Franzosen an

Von Zeit zu Zeit versuchten afrikanische Politiker, diesen ausländischen Einfluss einzudämmen oder mindestens der eigenen Bevölkerung einen angemessenen Teil am Wirtschaftsleben abzugeben. In der Regel ende das dann so wie im Fall von Laurent Gbagbo, der bis vor wenigen Jahren Präsident der Elfenbeinküste war.

"Gbagbo hat sich den Franzosen nicht untergeordnet. Seine Idee war, dass der Kaffee und der Kakao zu Preisen verkauft werden, die er für angemessen hielt, denn die Bauern arbeiten ja dafür. Wie kann man einen Kaffee- oder Kakaopreis in Höhe von umgerechnet sechzig bis siebzig Eurocent festsetzen? Bei den Bauern kommt nichts davon an. Gbagbo hat einen Euro 50 bis drei Euro dafür verlangt. Auf diese Weise blieb für die Bauern ein ausreichender Gewinn übrig. Aber das hat den Franzosen überhaupt nicht gefallen. Sobald sie sehen, dass ein afrikanischer Präsident ihnen nicht hilft, ihre Geschäftsinteressen durchzusetzen, produzieren sie eine Rebellion. Sie lassen es dann so erscheinen, als entwickle sich diese Rebellion, weil die Leute nicht mit dem derzeitigen Präsidenten zufrieden sind - aber das ist Quatsch."

2011 eskalierte die Lage. Ein Bürgerkrieg brach aus. Französische Truppen intervenierten und bezogen Positionen in der Hauptstadt Abijan. Offiziell als Ordnungsmacht, um das ausufernde Chaos zu beenden. Doch für Elisabeth N'Tcho fing das Chaos mit der Intervention erst an.

"Ich hatte gerade erst mein Projekt aufgebaut, als die Krise anfang. Immer wieder sind die Leute losmarschiert. Wir wussten nicht, woher das kam, wer die Rebellion eigentlich begonnen hat. Demonstranten sind immer wieder in Richtung der französischen Stützpunkte gezogen. Ich hatte in meinem Laden Kunstobjekte ausgestellt. Plünderer tauchten auf und haben alles gestohlen oder zerstört."

"Sie werden Abenteurer: Ich habe keine Zukunft mehr!"

Mit ihrem Antiquitätengeschäft verlor Elisabeth N'Tcho auch ihre Existenzgrundlage. Aus der jungen Unternehmerin wurde eine Wirtschaftsmigrantin, die -, wie viele andere -vorerst in Marokko gestrandet ist. Dort hält sie sich mit einem informellen Import-Export-Handel über Wasser.

"Es gibt bei uns keine Entschädigungen. Deshalb gehen die jungen Leute weg. Bei vielen war es ähnlich wie bei mir: Sie haben ihre Arbeit verloren, andere waren noch mit der Ausbildung nicht fertig und alles ist ihnen kaputtgegangen. Was wird aus ihnen? Sie werden Abenteurer, weil sie sich sagen: ‚Ich habe keine Zukunft mehr!‘" Wenn diese Leute, meint Frau Elisabeth N'Tcho, auch kein Recht auf klassisches politisches Asyl haben, dann haben sie wenigstens eins auf Migration.

"Es ist ihr Recht, so lange Frankreich uns nicht in Frieden lässt. Wenn Frankreich sein Verhalten ändert, dann werden unsere jungen Leute nicht mehr nach Europa gehen. Was sollen sie da?"

Frankreichs nicht sehr rücksichtsvolle Interessenpolitik, so sieht es auch Uwe Kekeritz von den Grünen, strahle auf einen großen Teil des Kontinents aus. Allein in Nord- und Westafrika auf ein gutes Dutzend Staaten.

Eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik, die Afrika schädige

"Die Geschichte der Elfenbeinküste mag ein Beispiel dafür sein. Da haben die Franzosen sehr stark interveniert und nicht zum Wohle der Gesamtentwicklung."

Aber: Der Nachbar auf der anderen Rheinseite, so unterstreicht Kekeritz, dürfe auch nicht als der alleinige Sündenbock für Fluchtursachen herhalten. Es sei ist eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik, die Afrika schädige.

"Wissen Sie, ich hab öfters auch Besuch aus Burkina Faso. Zum Beispiel einen Milchbauern, der gesagt hat, er lebt von seinen Milchprodukten, aber jetzt hat er ein Problem: 'Es gibt europäisches Milchpulver an jedem Markt. Und ich kann nicht mehr konkurrieren.' Das Milchpulver aus Europa kostet ein Drittel dessen, was er für seine Milch verlangen muss, um überleben zu können. Und er hat mir gesagt: Wenn ich nicht mehr leben kann, dann nehme ich meine drei Kinder und meine Frau und geh notfalls zu Fuß über Niger nach Libyen und komme nach Europa. Und ich frage mich natürlich schon: Mit welcher moralischen Legitimation wollen wir diesem Mann und seiner Frau und seinen Kindern sagen: Ihr seid Wirtschaftsflüchtlinge und ihr wollt ja nur, dass es euch besser geht – und dafür ist das Asylrecht nicht da."

"Also wir sollten da schon aufpassen, dass jetzt nicht Europa-Bashing stattfindet. Und wir sollten uns auch nicht auf dieses Narrativ: Europa plündere Afrika aus, einlassen. Das ist Geschichte."

USA, Russland und China - neue Player in Afrika

CDU-Außenpolitiker Kiesewetter hält es für überholt, die Fluchtursachen nur aus einem eurozentrischen Blickwinkel zu betrachten. Längst nämlich, so argumentiert er, sind es nicht nur europäische Staaten, die ihre Interessen in Afrika vertreten.

Europa sind mächtige Mitspieler erwachsen: Die USA, Russland und China. Vor allem auf China richtet Kiesewetter den Zeigefinger. Peking engagiere sich vor allem für die eigenen Arbeitsplätze und schere sich weder um Nachhaltigkeit, noch um Rechtsstaatlichkeit, noch überhaupt um die Interessen der afrikanischen Bevölkerung.

"Was nicht geht ist, dass China Afrika ausplündert und die Opfer der Ausplünderung sich auf den Weg nach Europa machen und Europa einfach zuschaut und nicht handelt. Ich gebe aber recht: In einer Sache machen wir große Fehler. Durch die mangelnde Öffnung von Agrarmärkten zerstören wir Perspektiven. Das klassische Beispiel ist ja: Wir essen die Hähnchenschenkel und liefern tiefgefrorene Hähnchenflügel dorthin und verhindern den Aufbau nachhaltiger Landwirtschaft. Dieser Vorwurf ist zutreffend und in dieser Richtung haben wir ja jetzt auch eine Trendwende in der Entwicklungspolitik eingeleitet."

Ein Marshallplan mit Afrika

Dazu gehört ein Konzept, das Bundesentwicklungsminister Müller, CSU, erst kürzlich in der ARD präsentierte.

"Ich stelle einen Marshallplan mit Afrika vor. Mit den Afrikanern werden wir diskutieren: afrikanische Lösungen. Wie können wir Bleibeperspektiven, Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Ländern schaffen?"

Was Müller sagt, klingt nach radikalem Umdenken und für CSU-Verhältnisse geradezu umstürzlerisch. In seinem Fokus: Nicht nur fairer Handel. Er will auch den multinationalen Konzernen an den Kragen.

"100 Milliarden werden jedes Jahr durch Steuerbetrug und Gewinnverlagerung von Multis in Geschäften mit Afrika an den Staaten vorbeigeschleust. Das ist Korruption, die von europäischen und von internationalen Firmen ausgeht. Ich hoffe, dass jetzt auch der Letzte verstanden hat, dass wir Afrika in einer ganz neuen Dimension als Herausforderung, aber auch als Chance begreifen müssen."

Grundausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik ändern

Reicht Müllers Initiative aus, um an der Grundausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik etwas zu ändern? Entwicklungspolitiker Uwe Kekeritz von den Grünen bleibt skeptisch.

"Im Prinzip sind die wirtschaftlichen Interessen im Zusammenhang der Entwicklungspolitik doch dominierend. Und das sieht man auch an den Handelsverträgen, die aktuell zwischen EU und den afrikanischen Wirtschaftsblöcken verhandelt werden, die sind eindeutig zum Vorteil der EU. Ich weiß nur, dass dieser Marshallplan im Kabinett nicht abgesprochen ist, dass dieser Marshallplan mit null Euro hinterlegt ist."

Aber vielleicht ist Minister Müllers Plan ja erst der Anfang. Sein Unionskollege Roderich Kiesewetter gibt zu bedenken:

"Die Bundesrepublik Deutschland hat ja Afrika erst seit wenigen Jahren entdeckt und auch den Mittelmeerraum entdeckt. Deutschland war immer sehr stark auf die Mitte Europas und auf sich selbst bis zum Jahr 2014 fokussiert und die Trendwende ist eigentlich mit der Münchner Sicherheitskonferenz erfolgt, dass die Bundesrepublik Deutschland bereit ist, sich breiter und intensiver einzubringen."

"Ich werde es hundertprozentig nach Europa schaffen"

Währenddessen sind in der alten Kirche irgendwo in Marokko die Planungen der Auswanderer schon ziemlich fortgeschritten.

Über's Mittelmeer – dazu gibt es für sie noch immer keine Alternative. Aber nicht unbedingt auf überfüllten Nussschalen, ohne Gewissheit, wer einen da aufgreift. Sie wollen über Europas afrikanische Enklaven auf das Festland. Und das heißt: zunächst zu einem Ort in Nordmarokko.

"Wenn du in Kassiago bist, bist du noch in Marokko. Wenn du von dort losgehst, gehst du nach Sebta. Ceuta nennen es die Spanier. Sebta gehört zu Spanien. Dann bist du in Europa. So ist das."

Unlängst, das wissen sie, gab es einen Massenansturm auf die spanischen Grenzanlagen. Und dabei haben es einige tatsächlich auf die andere Seite geschafft.

"Ja! Viele sind reingekommen. Jedem seine Chance. Aber man muss im Leben die Dinge nicht erzwingen wollen. Ein, zwei, drei Versuche. Bei irgendeinem Mal bist du mit drin. Was mich betrifft – eines ist sicher: Ich werde es hundertprozentig nach Europa schaffen. Wenn es einen Gott im Himmel gibt, dann werde ich da reinkommen."

HANDELSBLATT: EIN PLAN FÜR DEN KONTINENT

Wie Afrika Hunger, Korruption und Krieg überwinden kann

von:

- Wolfgang Drechsler
- Dana Heide
- Christian Rickens

Datum:

- 06.04.2017

PREMIUM Vieles wurde bereits ausprobiert, doch in Afrika will sich einfach kein Wachstum einstellen, das Hunger und Armut wirksam bekämpfen würde. Wegschauen aber ist keine Lösung, denn die Probleme des Kontinents können sehr schnell auch zu unseren werden. ...

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de